

**98. Sitzung**

**Montag, den 22. Dezember 2003**

**Erfurt, Plenarsaal**

**Illegale Kennzeichenerfassung  
am Rennsteigtunnel**

**8564**

Antrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/3869 -

*Ohne Begründung durch den Antragsteller erstattet Minister Trautvetter einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags.*

*Auf Verlangen aller Fraktionen findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung in Verbindung mit einer Aussprache zu Nummer 2 des Antrags statt.*

*Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer 1 des Antrags wird gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.*

*Nummer 2 des Antrags wird mit Mehrheit abgelehnt.*

**Anwesenheit der Abgeordneten:****Fraktion der CDU:**

Althaus, Arenhövel, Bergemann, Böck, Bonitz, Braasch, Carius, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Heym, Illing, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Kraushaar, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Michel, Mohring, Panse, Dr. Pietzsch, Pöhler, Primas, Schröter, Schugens, Schuster, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Sonntag, Stauch, Tasch, Trautvetter, Vopel, Wackernagel, Wehner, Wetzell, B. Wolf, Wunderlich, Dr. Zeh, Zitzmann

**Fraktion der PDS:**

Buse, Dittes, Dr. Fischer, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Huster, Dr. Klaubert, Dr. Koch, Kummer, Lemke, Nitzpon, Nothnagel, Ramelow, Sedlacik, Sojka, Dr. Stangner, Thierbach, Dr. Wildauer, K. Wolf, Zimmer

**Fraktion der SPD:**

Bechthum, Becker, Dr. Botz, Doht, Döring, Ellenberger, Gentzel, Höhn, Dr. Klaus, Künast, Dr. Müller, Pelke, Dr. Pidde, Pohl, Dr. Schuchardt, Seidel

**Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:**

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Kaiser, Dr. Krapp, Reinholz, Dr. Sklenar, Trautvetter, Dr. Zeh

---

**Rednerliste:**

Präsidentin Lieberknecht	8564, 8566, 8569, 8571, 8572, 8573, 8574, 8576, 8578
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	8581, 8583, 8584, 8585, 8586
Fiedler (CDU)	8571, 8572, 8574
Gentzel (SPD)	8576
Dr. Hahnemann (PDS)	8566
Höhn (SPD)	8583
Pelke (SPD)	8584
Dr. Pietzsch (CDU)	8581, 8583
Pohl (SPD)	8569
Ramelow (PDS)	8578, 8584
Schwäblein (CDU)	8585
Althaus, Ministerpräsident	8574
Trautvetter, Innenminister	8564

Die Sitzung wird um 14.01 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

### **Präsidentin Lieberknecht:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, verehrte Gäste auf der Besuchertribüne, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer 98. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 22. Dezember 2003, die ich hiermit eröffne. Die Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags einberufen. Eine entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 3/3870 vor. Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen Frau Abgeordnete Zitzmann und Herr Abgeordneter Huster. Frau Abgeordnete Zitzmann wird die Rednerliste führen. Es haben sich für die heutige Sitzung zwei Abgeordnete, nämlich der Abgeordnete Lippmann und der Abgeordnete Schemmel, entschuldigt.

Dann möchte ich zuvor noch etwas sehr Angenehmes sagen, nämlich dass der Abgeordnete Mike Mohring heute Geburtstag hat. Er hat sich das sicher auch anders vorgestellt, als heute hier zu sitzen, aber trotzdem: alles Gute, Gesundheit, Glück und Freude!

(Beifall im Hause)

Ich möchte doch einen Kollegen, der eine mehrmonatige Erkrankung glücklich hinter sich gebracht hat, herzlich willkommen heißen, das erste Mal hier im neuen Plenarsaal, unseren Abgeordneten und Kollegen Herrn Konrad Illing.

(Beifall im Hause)

Schön, dass er wieder unter uns sein kann.

Damit komme ich jetzt zum Aufruf des Punktes, der Anlass unserer heutigen Sitzung ist

### **Illegale Kennzeichenerfassung am Rennsteigtunnel**

Antrag der Fraktion der PDS  
- Drucksache 3/3869 -

Es ist mir mitgeteilt worden, da die Landesregierung einen Sofortbericht erstatten wird, jedenfalls von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, dass auf die Begründung des Antrags verzichtet wird. Stimmt das? Gut, dann darf ich unvermittelt die Landesregierung bitten, Bericht zu erstatten. Das wird für die Landesregierung Herr Innenminister Trautvetter tun.

### **Trautvetter, Innenminister:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zuletzt im Zusammenhang um die Diskussion über die Grenzöffnung nach Osten hat bereits im Frühjahr 2001 das Referat Polizeitechnik die technischen Möglichkeiten einer automatischen Kennzeichenerfassung von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum geprüft. Zielvorstellungen waren das Aufspüren von in Fahndung stehenden Kfz oder Kfz-Kennzeichen, die Signalisierung der Treffer in einer zentralen Stelle sowie polizeiliche Maßnahmen zur Überprüfung. Als Ergebnis der Prüfung wurde polizeiintern das Pilotprojekt "Vorbeugende Verkehrsüberwachung 'Kammquerung Thüringer Wald'" mit den technischen Verfahren der Geschwindigkeitsüberwachung, Abstandsmessung und erstmals einer automatischen Kennzeichenerfassung im Februar 2002 auf Abteilungsebene vorgeschlagen. Die Intention des Gesamtprojekts wurde von einem präventiven Ansatz getragen, welcher sich auch aus den Erkenntnissen der Katastrophen in den alten Tunneln - Mont-Blanc-Tunnel, Katschberg- und Gotthard-Tunnel - ableitete; den Verkehrsteilnehmern sollte eine größtmögliche Sicherheit geboten werden. Im Rahmen der die Tunnelkette betreffenden Sicherheitsmaßnahmen wurden auch die Möglichkeiten gesehen, die Effizienz polizeilicher Maßnahmen zu steigern und gleichzeitig das Gefahrenpotenzial bei Kontrollmaßnahmen im schnellfahrenden Verkehr zu reduzieren. Die automatische Kennzeichenerfassung sollte im Rahmen des Gesamtprojekts der vorbeugenden Verkehrsüberwachung eingebaut und als zukunftsorientiertes Fahndungsmittel aus technischer und einsatzorganisatorischer Sicht gerade auf möglichen Transitwegen geprüft werden.

Meine Damen und Herren, der Einsatz dieses technischen Fahndungsmittels wurde im Rahmen der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes intern besprochen. Eine Aufnahme in den Regierungsentwurf fand es nicht, denn mangels Erfahrung zur tatsächlichen Machbarkeit und zur praktischen polizeilichen Tauglichkeit wäre eine schlüssige Begründung im Gesetzgebungsverfahren schwierig gewesen. Es wurde daher vorgeschlagen, zunächst ein Pilotprojekt zu betreiben. Bei dem System, was pilotiert werden sollte, sollten zunächst nur die Kennzeichen des Kraftfahrzeugs von der Kamera gesehen werden. Diese würden dann von dem Rechner von einem reinen Foto zu einem Datensatz übersetzt, dabei würde nicht hinterfragt, wem dieses Kennzeichen gehört. Es würde nur das Kennzeichen als solches gewonnen. Dieses Kennzeichen sollte dann unmittelbar mit dem Fahndungsdatenbestand abgeglichen werden. Fände sich keine Übereinstimmung, würde das Kennzeichen sofort gelöscht. Die Aktion dauerte nur Millisekunden. Das Verfahren würde ohne menschliche Beteiligung und Eingriffsmöglichkeiten laufen und niemand könnte über ein Bild erkannt werden, niemand könnte dadurch feststellen, wann, wer, wo und mit wem unterwegs war. Und nur, wenn eine Übereinstimmung des Kennzeichens gefunden würde, z.B. das Auto steht in

Fahndung, weil es gestohlen oder nach ihm im Rahmen einer schweren Straftat gefahndet wurde, würde eine Information über das Antreffen des gesuchten Kennzeichens an die Polizei weitergegeben. Der Fall ist praktisch damit vergleichbar, dass ein Beamter die Autobahn beobachten würde, um die Kennzeichen mit dem Fahndungscomputer abzugleichen, und niemand käme auf die Idee, hierfür eine spezielle Befugnisnorm zu fordern.

Der Polizeiabteilungsleiter stimmte der Durchführung eines Pilotprojekts "Amtliche Kennzeichenerfassung" im Rahmen des umfänglich technisch unteretzten Projekts "Vorbeugende Verkehrsüberwachung 'Kammquerung A 71'" im März 2002 zu. Rechtlich stellte sich der Probebetrieb damals wie folgt dar:

Durch das Lesen des Kennzeichens wird nur eine sehr unwesentliche Information gewonnen. Es ist ausgeschlossen, dass darüber hinaus eine Information über eine Person erlangt werden kann. Deshalb war davon auszugehen, dass kein Eingriff in Grundrechte - hier gegebenenfalls das Recht auf informationelle Selbstbestimmung - vorlag. Wenn kein Eingriff vorliegt, bedarf es keiner Eingriffsbefugnis. Dennoch halte ich an der Auffassung fest, dass aus Gründen der Rechtssicherheit für einen Dauerbetrieb eine ausdrückliche Rechtsgrundlage im Polizeiaufgabengesetz geschaffen werden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Anhand der gesammelten Erfahrungen war vorgesehen, zu einem späteren Zeitpunkt bei Bewährung des Verfahrens ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, um Handlungssicherheit zu erreichen. Eine ähnliche Diskussion haben wir im Bundesrecht bei der Einführung der Rasterfahndung für die Strafverfolgung erlebt.

Im Juli 2002 erfolgte eine Anfrage des Bundeskriminalamts an das Landeskriminalamt Thüringen zur Vorbereitung eines Berichts der AG Kripo einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Präsidenten der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamts, mit der eine grundlegende Befassung zum Thema "Automatische Kennzeichen" beabsichtigt war. Im Folgenden beschäftigte sich die AG Kripo mehrfach mit der Materie, zunehmend auch mit der streitigen Frage der Erforderlichkeit einer speziellen Rechtsgrundlage. Unabhängig vom vorgesehenen Projekt in Thüringen, aber im zeitlichen Zusammenhang hat mit Schreiben vom 19.09.2002 die Datenschutzbeauftragte dargelegt, dass die bayerische Polizei Systeme zur automatischen Gesichts- und Kennzeichenerkennung in groben Versuchen testen will. Sie bat um Mitteilung, ob derartige Überlegungen auch in Thüringen bestünden. Mit Schreiben des Thüringer Innenministeriums vom 28.01.2003 wurde die Datenschutzbeauftragte unterrichtet, dass die Erprobung oder Einführung von automatischen Gesichtserkennungssystemen von der Thüringer Polizei nicht geplant ist. Mitgeteilt wurde, dass beabsichtigt sei, ein Pilotprojekt "Automatisches Kennzeichenerkennungssystem" auf einem Teil-

stück der Bundesautobahn A 71 zu testen. Mit Schreiben des Thüringer Innenministeriums vom 29.08.2003 wurden der Datenschutzbeauftragten weitere umfassende Informationen zum vorgesehenen Pilotprojekt einschließlich eines Zeitplans zugeleitet. Die Datenschutzbeauftragte wurde auch darüber informiert, dass die rechtlichen Fragen durch eine bundesweite Arbeitsgruppe diskutiert und bewertet werden, ein abschließendes Ergebnis bis jetzt jedoch nicht vorliegt. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass nach Abschluss des Pilotprojekts zu prüfen sei, ob gegebenenfalls eine gesonderte Rechtsgrundlage für eine dann möglicherweise dauerhafte Durchführung zu schaffen wäre. Im Schreiben der Datenschutzbeauftragten vom 29.09.2003 wird die Rechtsauffassung des Thüringer Innenministeriums zur Datenerhebung im Rahmen des Einsatzes von automatischen Kennzeichensystemen bestätigt. So hat sie ausgeführt, ich darf hier zitieren: "Sofern daran gedacht wird, nach der Pilotphase das neu einzuführende Verfahren dauerhaft in Betrieb zu nehmen, bedarf es aus datenschutzrechtlicher Sicht einer entsprechenden Rechtsgrundlage." Sie bat darum, sie über den Fortgang des Pilotprojekts auf dem Laufenden zu halten. Mit Schreiben des Thüringer Innenministeriums vom 16.10.2003 wurde der Datenschutzbeauftragten der Entwurf der Konzeption für das Pilotprojekt übersandt. Diese Konzeption ist nicht in Kraft getreten, so dass das Pilotprojekt nicht zum Tragen kam. Letztlich wurde aufgrund der anhaltenden öffentlichen Diskussion zum Pilotversuch "Videotüberwachung in Weimar" am 28.10.2003 vom Pilotprojekt Abstand genommen und dies wurde der Datenschutzbeauftragten am 05.11.2003 durch das Thüringer Innenministerium mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, auf der Basis des fortschreitenden Ausbaus der A 71 und der Projektentscheidung wurde das Polizeiverwaltungsamt im November 2002 beauftragt, das Gesamtprojekt der präventiven "Verkehrsüberwachung Kammquerung A 71" einschließlich der notwendigen technischen Ausstattung für automatische Kennzeichenerfassung umzusetzen. Am 2. Juni 2003 wurde die Firma Vedit mit der Lieferung der Hard- und Software beauftragt. Im Juli 2003 bin ich durch eine Vorlage der Polizeiabteilung erstmals über den geplanten Pilotversuch der automatischen Kennzeichenerfassung in Kenntnis gesetzt worden. Im September/Oktober wurden die Leistungen durch die beauftragte Firma erbracht. Dazu gehörten der Aufbau von zwei Kameras an der Schilderbrücke an der A 71, die Installation von Computern inklusive dem Aufspielen der notwendigen Software. Von der beauftragten Firma wurden ausschließlich amtliche Kennzeichen polizeieigener Dienstfahrzeuge als simulierter Fahndungsbestand aufgespielt, und hiermit wurden durch die Firma Vedit Funktions- und Systemtests durchgeführt, bei denen im Zeitraum vom 9. September bis 23. Oktober 2003 innerhalb kurzer Testzeitphasen elf Fälle auf den Servern als Treffer erfasst wurden. Davon wurden vier auf dem Bildschirm der Einsatzzentrale und somit für die Polizei erkennbar angezeigt. Es handelt sich, so wie die Tests angelegt waren, ausschließlich um Polizeifahrzeuge. Im Rahmen dieser - ich betone nochmals - durch die beauftragte

Firma durchgeführten Tests wurde der laufende Verkehr von dem simulierten Fahndungsbestand der Polizeifahrzeuge aussortiert. Der technische Testbetrieb durch die Auftragsfirma war rein privatrechtlicher Natur und findet seine Rechtsgrundlage im Bundesdatenschutzgesetz.

Für mich bleibt festzustellen: Durch die Polizei wurde ein technischer Funktionstest nicht durchgeführt. In der Zeit vom 24.10. bis 28.10.2003, in der sich das System in der Verfügungsgewalt der Polizei befand, hat keine Inbetriebnahme stattgefunden. Unabhängig davon ist allerdings festzustellen, dass am 9. September 2003 durch eine später behobene Fehlfunktion durch die Firma Vidit 658 amtliche Kennzeichen erfasst wurden. Die Daten wurden durch die Firma Vidit nicht gelöscht. Diese Daten waren bei der Übergabe der Anlage an die Polizei am 24. Oktober 2003 noch auf der Festplatte gespeichert; dies war der Polizei damals nicht bekannt. Die Datenschutzbeauftragte wurde durch das Innenministerium in einem persönlichen Gespräch am 19. Dezember informiert, unmittelbar nachdem die Polizeidirektion Suhl dies am 18. Dezember 2003 festgestellt hatte. Die Installation der Technik wurde durch die beauftragte Firma am 24. Oktober 2003 abgeschlossen und die Übergabe an das Polizeiverwaltungsamt schriftlich niedergelegt. Die Zahlungen in Höhe von ca. 140.000 € erfolgten in Teilbeträgen in der Zeit vom 17. Juni bis 26. November 2003. In diesem Zusammenhang ist die Frage aufgekommen, ob dem Land durch die Nichtinbetriebnahme der Anlage ein finanzieller Schaden entstanden ist. Eine Verwendung der Technik, z.B. als Abstandsmessanlage, wurde bei der Projektplanung bereits berücksichtigt; lediglich die gelieferte Software ist im polizeilichen Bereich unter den gegebenen Bedingungen in Thüringen nicht einsetzbar. Deshalb wurde mit der Lieferfirma vereinbart, dass die Software im Rahmen eines Kompensationsgeschäfts gewandelt werden kann. Die beiden Kameras wurden am 18. Dezember 2003 abgebaut und werden seitdem bei der Firma Vidit zur Übergabe an das Polizeiverwaltungsamt gelagert. Die Server befinden sich in Absprache mit der Datenschutzbeauftragten unter Verschluss im Betriebsraum der Verkehrspolizeiinspektion Suhl. Ein Zugriff auf die Server ist nicht möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist mir klar, dass ich diesen ausführlichen Bericht am 10. Dezember dem Innenausschuss hätte geben sollen. Dafür, dass dies nicht geschehen ist, entschuldige ich mich ausdrücklich. Es ging mir am 10. Dezember 2003 darum, sehr schnell die Kollegen aus dem Innenausschuss über Presseveröffentlichungen zu informieren, die natürlich vor dem Hintergrund der Ereignisse um Weimar von großem Interesse waren. Deshalb hatte ich die Polizeiabteilung kurzfristig um eine Zuarbeit für den Innenausschuss gebeten und diese kurzfristig vor der Sitzung bekommen. Die Kerninformationen, die ich den Kollegen im Innenausschuss gegeben habe, waren nicht falsch. Entscheidend war für mich die Mitteilung, dass es keine automatische polizeiliche Kennzeichenüberwachung auf der Autobahn 71 gab, gibt und nicht geben wird. Das habe ich deutlich gesagt und da-

ran halte ich auch heute fest,

(Beifall bei der CDU)

denn bereits am 28. Oktober wurde durch das Innenministerium verfügt, das Projekt abzubrechen. Von einer Täuschung oder gar bewussten Irreführung kann keine Rede sein. Ausgangspunkt für meine Darlegungen waren die Presseberichterstattungen am 9. Dezember, die übereinstimmend der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelten, dass es aktuell entsprechende Planungen zur Überwachung gibt. In aller Deutlichkeit: Diese Planungen gab es zum Zeitpunkt der Sitzung des Innenausschusses nicht mehr und die Presseberichterstattungen waren nicht mehr aktuell und zeitlich überholt.

Ich muss mir heute den Vorwurf machen, dass ich dem Innenausschuss über das, was in der Vergangenheit gelaufen ist, nicht detailliert berichtet habe. Für mich selbst war die Angelegenheit mit dem Abbruch des Projekts, der Ende Oktober durch die Polizeiabteilung meines Hauses verfügt worden war, erledigt. Ich selbst bin über den Abbruch durch den stellvertretenden Abteilungsleiter allgemein in Kenntnis gesetzt worden und habe den Abbruch des Projekts wegen der Schwierigkeiten, die wir in Weimar hatten, bestätigt. Einzelheiten über das, was bereits an Vorrichtungen in diesem Zusammenhang geschaffen worden war, sind mir nicht mitgeteilt worden. Der Zeitpunkt, welcher der Vorlage aus dem Juli beigelegt war, war mir zu diesem Zeitpunkt - fünf Monate später - nicht mehr gegenwärtig. Mit Einzelheiten, die aber für die Mitglieder des Innenausschusses verständlicherweise von Interesse gewesen wären, habe ich mich vor der Sitzung des Innenausschusses nicht mehr befasst; die Sache war für mich eben erledigt. Die mehrere Seiten langen Zuarbeiten nebst Anlagen der Abteilung habe ich nur flüchtig gelesen. Nach Durchsicht des Protokolls der Sitzung des Innenausschusses vom 10. Dezember räume ich ein, dass meine Aussage, dass eine solche Überwachung geplant werde, jeglicher Grundlage entbehre, zumindest missverstanden werden konnte. Ich werde den Innenausschuss informieren, wenn mir gegenüber der heutigen Sitzung neue Erkenntnisse vorliegen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Das war der Bericht. Ich gehe davon aus, dass Aussprache gewünscht wird. Von allen drei Fraktionen ist diese beantragt, also kommen wir zur Aussprache. Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Hahnemann, PDS-Fraktion.

#### **Abgeordneter Dr. Hahnemann, PDS:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, vorab eines: In Ihrem Bericht fußen Sie auf Rechtsauffassungen, die nach unserer Meinung abenteuerlich sind,

(Beifall bei der PDS)

aber es ist im Laufe der letzten Tage und der letzten Stunden auch bekannt geworden, dass diese Rechtsauffassungen durchaus von einigen geteilt werden - bedauerlicherweise auch von der Datenschutzbeauftragten. Aber ich halte es einfach nicht für solide Politik, wenn man ein Pilotprojekt, für das es keine Rechtsgrundlage gibt, durchführt, um dann, wenn es sich rentiert oder wenn es technisch funktioniert, anschließend erst die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das ist keine Art, mit der man Politik machen kann, und das ist die eine Seite dessen, worüber wir heute in dieser Sondersitzung zu reden haben.

Der Grund für die heutige Sondersitzung ist nicht etwa, dass die Opposition sich im Advent nichts Schöneres denken könnte,

(Unruhe bei der CDU)

der Grund ist ein außerordentlich bedauerlicher, meine Damen und Herren. Die Thüringer Landesregierung hat die Politik zum Glaubwürdigkeitsbrennpunkt gemacht. Der Grund, weshalb wir hier sind, ist nämlich, dass genügend - lassen Sie mich die Worte des Polizeiaufgabengesetzes verwenden - "tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen", dass der Innenminister dem Landtag "entweder Tatsachen verschweigt, Sachverhalte entstellt wiedergibt oder einfach die Unwahrheit sagt" -

(Beifall bei der PDS)

und das nicht das erste Mal. Ein schwerer Vorwurf - sicher -, aber man muss sich nur erinnern. Was den Innenminister auszeichnet, ist zuallererst seine Innenpolitik nach - wie Prof. Manfred Kutscha es nannte - Gutsherrenart. Schauen Sie sich das TA-Interview an: "Ich habe alles dazu gesagt." Basta. Alles gesagt? Keineswegs, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenrufe aus der CDU)

Nein, "basta" steht da nicht drin, das ist eine Schröder'sche Parallele bei Ihnen, Herr Trautvetter.

(Beifall bei der PDS)

Wir mussten uns daran gewöhnen, Informationen von Ihnen, Herr Trautvetter, immer mit Vorsicht zu genießen. Ich erinnere nur an Ihre halsstarrige Leugnung der Mitverantwortung Thüringens am Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens. Thüringen hat nachgewiesen - und begründet durch das Bundesverfassungsgericht - mit der Tino-Brandt-Affäre einen maßgeblichen Anteil am Fehlschlag des Verfahrens und am Aufwind von NPD und Schlimmerem. Sie haben es immer geleugnet. Mag ja sein, dass Sie nach ausreichend häufiger Wiederholung selbst da-

ran glauben; das Bundesverfassungsgericht kommt aber zu einem anderen Urteil. Und so halten Sie auch weiterhin am unseligen Prinzip des V-Mann-Unwesens fest und sorgen dafür, dass man auch weiterhin nur schwer zwischen nicht gesteuerten und gesteuerten Neonazis unterscheiden kann. Dieser Ihr Starrsinn, Herr Minister, ist Methode. Nehmen Sie das Hamburger Gerichtsverfahren, da haben Sie geschaltet und gewaltet jenseits aller Prinzipien der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats. Sie haben dabei den Eindruck erweckt, als müsse man sich in Thüringen um das Urteil eines unabhängigen Gerichts nicht sonderlich scheren. Ihre Handlungen und Ihre Kommentare in dieser Angelegenheit waren peinlich und nach meiner Auffassung für die betroffenen Polizeibeamten in keiner Weise hilfreich, auch wenn Sie dies so betrachten als Dienstherr, immer wieder mit der Neigung zum Gutsherren. Neben Ihrer Einschätzung der Wirklichkeit lassen Sie schwerlich etwas anderes gelten.

Ein anderes Beispiel: Es gibt nach unserer Kenntnis bis heute keine differenzierte Gefahrenprognosen für das Land, seine Kreise und kreisfreien Städte, aber rotlackierte Spürpanzer vom Typ "Fuchs" zur ABC-Abwehr belasten in nicht unmaßgeblicher Weise unseren Haushalt. Sie selbst aber kommen in der Zeitung zu dem Ergebnis, dass Thüringen keiner sonderlichen terroristischen Gefahr ausgesetzt ist. Nur weil es eben nach dem 11. September Mode wurde, die Polizeigesetze zu verschärfen, wird eingeführt und angewendet, was sich nur irgendwie realisieren lässt. Sie haben dem die Mehrheit gegeben, meine Damen und Herren, Sie, mit der Entscheidung über das Sicherheitsprogramm.

(Beifall bei der PDS)

Gleichzeitig, Herr Minister, nehmen Sie die tatsächlichen Gefahren nicht genügend ernst, zum Beispiel die des Rechtsextremismus. Sie reden die diesbezüglichen Probleme herunter und klein. Sie reden von einem personellen und organisatorischen Rückgang in der neofaschistischen Szene. Dieser Rückgang findet sich aber nur in den Lageeinschätzungen des Ministeriums und des Verfassungsschutzes - Ihre verniedlichende Bewertung des "Ohrdrüfer Fundes". Sie vernachlässigt die Tatsache, dass der Jugendliche ein der Polizei als rechtsextrem orientierter Bekannter war und dass in dem Haus nicht nur ein Sprengstofflabor, sondern auch ein kameradschaftlicher Versammlungsraum entdeckt wurde. Sie haben es geleugnet. Dieser und viele andere Fälle sind für Sie aber keine Anhaltspunkte für die personelle und strukturelle Neuformierung am rechten Rand. Stattdessen verunglimpfen Sie jene, die diese Gefahren sehr ernst nehmen, und auch dafür ist Ihnen das Mittel der Unwahrheit nicht anrühlich.

Sie können sich sicherlich daran erinnern, wie ich Ihnen im Innenausschuss anhand eines Ihrer Berichte bewiesen habe, dass Sie eine öffentliche Veranstaltung von antifaschistischen Initiativen dadurch verunglimpft haben, dass sämtliche Ihrer Informationen sachlich nicht richtig wa-

ren. Nach dem Prinzip des Senders Jerewan haben Sie den Eindruck vermittelt, einige Leute hätten einen großen schwarzen Panther in einer Stadt auf eine Frau gehetzt und diese sei totgebissen worden. Im Prinzip ja, aber niemand hat das Tier gehetzt, es war einfach nur entlaufen. Das Ganze geschah auch nicht in der Stadt, sondern auf freiem Feld. Es war auch kein Panther, sondern eine Katze. Sie war nicht schwarz, sondern grau gestreift. Attackiert wurde nicht eine Frau, sondern ein Hund und der Hund wurde nicht gebissen, sondern gekratzt. Sicher - das ist auch nicht schön, nur die ursprüngliche Meldung hat mit der Wahrheit nichts zu tun. Aber um Leute von MOBIT und ABAD oder andere und deren Engagement madig zu machen, scheint Ihnen jedes Mittel recht, auch das einer gewissen Wahrheitsferne. Diese Affinität zur Unwahrheit passt aber zu der Innenpolitik, für die Sie stehen. Schließlich haben Ihre Amtsvorgänger und die Landtagsmehrheit Ihnen ein Polizeiaufgabengesetz mitgegeben, das Ihrer Art sicherheitspolitischen Denkens auf verhängnisvolle Weise entgegenkommt - ein Generalverdacht von Politik gegen Bürgerinnen und Bürger, kristallisiert in polizeilichen Möglichkeiten, denen Sie nicht widerstehen können - sozusagen die süßeste Versuchung, seit es das Angebot gibt, das nach dem Zusammensturz der Türme des World Trade Centers an geheimen sicherheitspolitischen Träumen aus den Schubladen der sicherheitspolitischen Administrationen gezogen worden sind.

Von präventiver Telekommunikationsüberwachung, sogar bis zu den Begleit- und Kontaktpersonen hin, über Rasterfahndung und Aufenthaltsverbote, bis hin zur Videoüberwachung reichen die Verlockungen für einen Law-and-Order-Mann. Und so kam, was kommen musste: Videoüberwachung sollte unbedingt sein. Der Standort Krämerbrücke scheiterte am öffentlichen Protest und der Einsicht, dass ein Kriminalitätsbrennpunkt nicht gegeben ist. Die Überwachung des Angers wäre für Sie wohl gar zu schön gewesen, aber sie ist Ihnen zu teuer. Also mussten Goethe- und Theaterplatz in Weimar erhalten. Das Pilotprojekt war nicht nur ohne die Kommunen, sondern auch schlecht vorbereitet. Am Ende waren nach Einschätzung vieler die Pressefreiheit, die Parteifreiheit und die Anwaltsfreiheit verletzt. Mahnende Stimmen haben Sie, Herr Innenminister, immer in den Wind geschlagen. Erst als der Ministerpräsident Sie zurückpiff, legten Sie das Projekt auf Eis. Sie ließen die Kameras abschrauben, beharrten aber bockbeinig wie ein kleiner Junge weiter darauf, eigentlich Recht gehabt zu haben.

Aber nicht nur das: Gleichzeitig war im Sommer offensichtlich in Ihrer Verantwortung das automatische Scannen von Kfz-Kennzeichen praktisch in Angriff genommen worden. Die Anlage ist geordert worden und Sie wollen davon nichts gewusst haben, Herr Trautvetter? 150.000 € gehen einfach so an Ihnen vorbei? Die Anlage ist installiert, justiert und mit Polizeifahrzeugen getestet worden. Auch das wollen Sie nicht gewusst haben? Da Sie nach der skandalösen Videoüberwachung in Weimar ohnehin schon kalte Füße hatten, haben Sie angeblich im Okto-

ber irgendwann das Tunnelprojekt gestoppt. Was meinen Sie denn, Herr Innenminister, was Sie da gestoppt haben - Flausen des BKA, ein theoretisches Konzept? Im Innenausschuss erweckten Sie den Eindruck, Sie stoppen eine Idee des Bundeskriminalamts, die nur in Vermerkform existiert, weil Sie und die Datenschutzbeauftragte der Meinung waren, dass in Thüringen die Rechtsgrundlagen für eine solche Maßnahme nicht gegeben sind. Auf Nachfragen, egal welcher Spezifik oder welcher Abstraktheit auch immer, Sie antworteten - das haben Sie vorhin auch noch einmal bestätigt: Gab es nicht, gibt es nicht, wird es nicht geben. Aber Sie können sich doch nicht auf die Position zurückziehen, dass nur die Auftragsfirma hier gehandelt hat. Schon im Terminus "Auftragsfirma" wird doch deutlich, dass die Firma im Auftrag gehandelt hat. Sie hat im Auftrag Ihres Hauses gehandelt. Sie können auch nicht davon ausgehen, dass nur Polizei-Pkw-Kennzeichen erfasst worden sind. Sie müssen, zudem das fraglich ist, ob man so verfahren kann, davon ausgehen, dass 658 Datensätze - haben Sie gesagt - gespeichert worden sind. Und diese Maßnahme, Herr Innenminister, fand im öffentlichen Raum statt. Es war eine Maßnahme im Auftrag des Innenministeriums, einer öffentlichen Einrichtung, und es war das Innenministerium beteiligt, indem dort Polizeifahrzeuge praktisch Muster gefahren sind. Nun wollen Sie der Öffentlichkeit und uns glauben machen, man hätte Sie nicht informiert, Sie hätten es nicht wissen können, Sie hätten keine Möglichkeit gehabt, zur Kenntnis zu nehmen, wofür Sie verantwortlich sind. Sie reden sich auf Informationslücken und personelle oder strukturelle Defizite in Ihrem Ministerium heraus. Doch nach allem, Herr Trautvetter, was wir von Ihnen und mit Ihnen erlebt haben, bleibt mir nichts anderes, als den alten Goethe zu zitieren und die bekannte Feststellung des Faust: "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

(Beifall bei der PDS)

Und nun stellt sich heraus, dass nicht nur ohne Rechtsgrundlage eine Erfassung von Daten von Polizeifahrzeugen erfolgt ist, sondern eine riesige Anzahl von Kennzeichen privater Fahrzeuge. Das hat die Datenschutzbeauftragte festgestellt. Die Datenschutzbeauftragte, meine Damen und Herren, ist im Übrigen ein eigenes Kapitel, zu dem ich mich hinreichend im Zusammenhang mit der Videoüberwachung geäußert habe.

(Beifall bei der PDS)

Zweierlei bleibt für uns festzustellen - erstens: Frau Liebaug nimmt die Sicherung des Datenschutzes nicht offensiv genug wahr und sie verlässt sich auf

(Beifall bei der PDS)

Auskünfte derer, die Sie eigentlich kontrollieren sollte. Zweitens: Im Nachhinein sanktioniert Frau Liebaug das ominöse Projekt, indem sie Pilotversuche für legitim hält, denen die Rechtsgrundlagen fehlen. Frau Liebaug, ich habe

es Ihnen auch schon persönlich gesagt, Sie sind zu gutgläubig und damit ist bei Ihnen der Datenschutz nicht in guten Händen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Minister, nach allem Bisherigen können wir Ihnen nicht glauben, dass Sie von alledem nichts gewusst haben. Selbst wenn es glaubhaft wäre, dann wäre es wirklich unglaublich, dass Sie nicht wussten, was Sie hätten wissen können, was Sie hätten wissen müssen. Was aber in Ihrer Verantwortung im Innenministerium geschieht, ist nicht eigentlich unglaublich, sondern ungeheuerlich. Wenn die Abgeordneten und die Öffentlichkeit sich auf die Aussagen von Regierungsmitgliedern nicht verlassen können, gibt es keine verlässliche Grundlage für die politische Arbeit mehr.

Herr Innenminister, Ihre Politik ist geprägt von sicherheitspolitischen und charakterlichen Sünden, Generalverdacht gegen alle und jeden, Law-and-Order-Denken von oben; sogar vor Missachtung des ohnehin schon viel zu restriktiven Aufgabengesetzes schreckt man in Ihrem Verantwortungsbereich nicht zurück. Gleichzeitig werden Missstände in Ihrem Hause gedeckelt. Ich erinnere nur an ominöse Überstundenabrechnungen, während sich bei einfachen Beamten die Überstunden abgeltungslos auf türmten. Für Ihre Politik müssen Beamte und Angestellte herhalten, denen Sie zutiefst ungerecht Urlaubsgeld streichen und Weihnachtsgeld kürzen.

(Beifall bei der PDS)

Das Ganze paart sich mit einer selektiven Sicht auf Wirklichkeit, falscher Deutung der Tatsachen, wahrheitswidriger Darstellung der Gegebenheiten. Eine solche Politik, meine Damen und Herren, mündet zwangsläufig in ein Höchstmaß an Restriktion, in systematische Geheimniskrämerei und am Ende in ein Netz aus Lügen. Das gipfelt dann in den Irreführungen des Ausschusses und der Öffentlichkeit. Denn, Herr Minister, Sie hätten vor dem Innenausschuss am 10. Dezember, nachdem es die Presseberichte über diese Videoüberwachung gegeben hat, die Pflicht gehabt, sich zu informieren bis in die letzte Ecke Ihres Ministeriums.

(Beifall bei der PDS)

Aber Sie haben diese Irreführung des Ausschusses zu verantworten. Sie sind eine Entwertung des Gesetzgebers und ignorieren den Anspruch der Öffentlichkeit auf wahrheitsgemäße Informationen. Innenpolitik kann nicht auf irgendwelche durch den Minister geschönten, umgedeuteten, verheimlichten oder falschen Informationen und Daten beruhen, sonst wird sie selbst zur Gefahr für die Sicherheit der Menschen im Land.

(Beifall bei der PDS)

Wir sind zwar der festen Überzeugung, dass ein personeller Wechsel an der Spitze des Hauses ohne eine Veränderung der Politik dieses Hauses und ohne Änderung seiner systematischen Grundlagen nicht viel ändern wird. Aber, Frau Groß, wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass dies kein Grund sein kann, einen Innenminister, der weder sein Haus noch sich selbst im Griff hat, im Amt zu dulden.

(Beifall bei der PDS)

Also sage ich Ihnen, Herr Trautvetter, was ich in den 13 Jahren meiner Parlamentszugehörigkeit noch nicht gesagt habe: Nehmen Sie Ihren Hut und nehmen Sie alle Ihre Kameras mit, auch die, von denen wir noch nichts wissen.

(Beifall bei der PDS)

Sie haben den Bogen überspannt und den Anspruch auf das Vertrauen des Parlaments und der Öffentlichkeit verspielt. Ein Ministerium im demokratischen Staat braucht einen Dienstherrn, keinen Gutsherrn. Einen angemessenen Preis für Ihre Politik haben Sie im November erhalten. Der Big-Brother-Award, der Negativpreis für Datenkraken, war hinreichende Quittung Ihres Wirkens. Seien Sie bescheiden und bemühen Sie sich nicht um noch weitere solche zweifelhaften Anerkennungen, sondern treten Sie zurück.

(Beifall bei der PDS)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Pohl, SPD-Fraktion.

#### **Abgeordneter Pohl, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Mittwoch, 17. Dezember gegen Mittag, da sitzt nun der Herr Innenminister deutlich in der Klemme. Am Morgen haben Sie in der Zeitung gelesen, dass es doch eine solche automatische Kennzeichenerfassung per Video im Rennsteigtunnel gab. Sein Sprecher hat es inzwischen auch eingeräumt. Aus dem Ticker kommen die Rücktrittsforderungen der Oppositionsparteien und kurz vor ihm liegt seine Bekenntnispresskonferenz. Nunmehr muss er sich entscheiden: Gibt er zu, dass er dem Innenausschuss und der Öffentlichkeit bewusst die Wahrheit über die Installation und Inbetriebnahme der entsprechenden Technik vorenthalten hat, oder bekennt er, dass er von einem solchen so sensiblen und ungesetzlichen Vorgang einfach nichts gewusst hat?

In dieser Klemme werden Sie wohl, Herr Innenminister, zum Telefonhörer gegriffen haben, um sich mit dem Ministerpräsidenten, Herrn Althaus, zu beraten. Für den Innenminister gilt nun das Eingeständnis, dass in seinem Bereich quasi ungesetzliche Handlungen durchgeführt werden und wurden und die entsprechenden Informationswege in dieser Periode in einem katastrophalen Zustand sind.

Damit räumen Sie auch, Herr Innenminister, ein, dass jene, die für die möglichen Desinformationen zuständig waren und sind, seelenruhig mit im Innenausschuss saßen und zuhörten, wie Sie die möglichen Unwahrheiten und auch Unterlassungen uns im Innenausschuss überbrachten.

Für den Ministerpräsidenten besteht nun unwiderrüflich Gewissheit, dass sein Stellvertreter, der Innenminister, zum wiederholten Male seine Unsensibilität für den Rechtsstaat unter Beweis gestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was ist denn eigentlich geschehen? In der Innenausschuss-Sitzung am 10.12. hat der Herr Innenminister Trautvetter trotz drängender Nachfragen der Abgeordneten erklärt, dass eine Überwachung des Rennsteigtunnels mit ihm nicht zu machen sei und dass die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für eine solche Überwachung nicht gegeben seien und dass eine solche Sache weder verfolgt noch geplant und jegliche Informationen diesbezüglich purer Unsinn wären.

Doch nun ist alles anders. Die Anlage wurde installiert. Es wurden Daten erhoben, so wie wir das heute früh auch noch einmal von der Beiratssitzung bekamen, wo wir informiert worden sind.

Es wurden nach den 125.000 € in Weimar noch mal knapp 140.000 € an Steuergeldern für diese Maßnahme verwandt. Nun, Herr Innenminister, zum damaligen Zeitpunkt machten Sie uns glaubhaft, von diesem Vorgang nichts gewusst zu haben. Aber es kann nicht sein, was nicht sein darf. Ich, Herr Innenminister, bin persönlich von der Amtsführung tief enttäuscht. Ich gebe zu, dass ich vor einem Jahr äußerst optimistisch war, als ich von Ihrer Amtsbestellung erfuhr, denn ich habe Sie nach der Wende kennen gelernt als einen zupackenden Mann. Aber "zupackend" heißt auch, ich habe mich an Recht und Gesetz zu halten. Die Innenausschuss-Sitzung vom 10.12. setzte dann, wie ich bereits schon einmal gesagt habe, dem Ganzen eine bestimmte Krone auf, indem im öffentlichen Teil erklärt wurde, eine solche Sache werde weder verfolgt noch geplant und jegliche Informationen diesbezüglich seien purer Unfug. Auch sinngemäß erklärten Sie mir, eine Überwachung sei mit Ihnen nicht zu machen. Oder die Antwort auf die Frage eines anderen Abgeordneten: Eine Überwachung im Rennsteigtunnel werde es in Verantwortung dieser Landesregierung nicht geben.

Ich gestehe, ich habe das nach dieser Innenausschuss-Sitzung geglaubt. Da bin ich, als ich die Pressemeldung des Kollegen Fiedler gelesen habe, mit ihm einig; ich war genauso der Meinung, wie Sie es damals waren. Das enttäuscht mich eben ganz besonders.

Die Sache stellt sich nun mittlerweile laut Pressemitteilungen so dar, dass der Innenminister und sein Staatssekretär einen Vermerk über die Auftragserteilung abzeich-

net haben sollen und dass am 24.10. die Anlage vom PVA abgenommen wurde. Zuvor lief die Testphase vom 9. bis zum 23.10. - vollzogen mit der Firma und entsprechenden Polizeiautos. Für mich steht auch die Frage, Herr Innenminister: Warum beendeten Sie am 28.10., nämlich entsprechend der Aussage im Innenausschuss, ein Projekt, von dem Sie am 10.12. nichts gewusst haben wollen?

(Beifall bei der SPD)

Das ist für mich unverständlich. Jetzt gibt es für mich auch nur zwei Dinge, Herr Innenminister: Entweder haben Sie uns am 10.12. die Wahrheit verschwiegen - und das ist schlimm und unwürdig - oder Sie haben sich, wie es auch in den Pressemitteilungen immer wieder mit gesagt worden ist, von den Mitarbeitern Ihres Hauses bewusst getäuscht gesehen und das ist dann eigentlich noch schlimmer, denn das würde ja beweisen, dass dieses Haus, dieses Innenministerium, ein Eigenleben hat und der Innenminister sein Haus in dieser Frage nicht im Griff hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch ein gewisses Verständnis, wenn ich im "Freien Wort" - ich weiß nicht mehr genau, wann - in der Überschrift gelesen habe: Die CDU steht zu Trautvetter. Aber es muss doch andererseits auch einen Minister kränken, wenn ich in der STZ lese, der Herr Innenminister hat quasi Narrenfreiheit und er braucht nichts zu befürchten. Das ist verheerend. Ich meine, Sie sind erst 13 Monate im Dienst, aber das Füllhorn von vielen Ungereimtheiten ist schon beeindruckend. Sicherlich gibt es auch noch einige Altlasten, die Sie mit übernehmen mussten. Ich will nicht die ganzen Dinge jetzt noch aufzählen, die mir als Ungereimtheiten hier aufstoßen. Aber es liegt ja noch nicht lange zurück, dass auf dem Weimarer Goetheplatz durch eine unqualifizierte, nicht zu rechtfertigende Videoüberwachung Bürgerrechte in einem solchen Maße verletzt worden sind, dass selbst der IHK-Präsident, Herr Chrestensen, feststellte, ob es der Landesregierung passt oder nicht, das war ein Angriff auf die Pressefreiheit und damit auf die Grundrechte. Offenbar hat man sich nicht ernsthaft genug damit befasst und Schlamperei geduldet, die der Demokratie nicht dienlich ist. Eine peinliche Sache, die dem Standort Thüringen schadet.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Videoüberwachung in Weimar wurden gesetzliche Vorschriften missachtet und Bürgerrechte verletzt. Für mich steht auch in dieser Frage fest, dass Sie einen Drang haben, Daten anzuhäufen. Wäre es anders, dann hätten Sie nicht vor wenigen Wochen live im MDR-Fernsehen sinngemäß verkündet: Je mehr ich Daten erhebe, umso zielgerichteter kann ich Verbrechensbekämpfung begehen - Datenerhebung also ohne Wenn und Aber und ohne Rücksicht auf Verluste.

Zu kritisieren ist auch, dass für die durchgeführten Testläufe vom 09.09. bis zum 23.10. der ausführenden Firma keine Freigabe gemäß § 34 Abs. 2 des Thüringer Datenschutzgesetzes von Seiten des Thüringer Innenministeriums vorlag. Ich kritisiere auch, dass die Datenschutzbeauftragte, Frau Liebaug, erklärte: Dass Kameras zur automatischen Kennzeichenerfassung im Einsatz gewesen sein sollen, habe ich aus Pressemeldungen entnommen. Erst das war der Anlass, den Sachverhalt umfassend zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren, einen solchen Eingriff, den mache ich doch nicht allein, den mache ich doch mit der Datenschutzbeauftragten gemeinsam, denn das ist doch ein wichtiger Garant; dafür haben wir sie doch, dafür ist sie doch für uns entsprechend da. Es wurde auch festgestellt, dass gerade in dieser Zeit vom 09.09. bis 23.10. mit Unterbrechung im Rahmen der Übergabe der technischen Ausrüstung die Testläufe mit Polizeiautos stattgefunden haben. Nun weiß ich jetzt technisch nicht ganz genau, wie das nun vor sich geht. Hat man da nur die Polizeiautos erfasst? Was hat man denn mit dem öffentlichen Verkehr, der auch durchgerollt ist, gemacht? Das muss man mir technisch erst einmal erklären. Aber da bin ich vielleicht nicht ganz auf der Höhe der Sache.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bevor man sich dafür entscheidet, eine solche Maßnahme durchzuführen, muss konkret geprüft werden, ob diese auch rechtlich abgedeckt ist. Ich habe letztes gesagt, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit muss gewahrt bleiben. Auch das Polizeiaufgabengesetz, was wir im vergangenen Jahr novelliert haben, gibt in § 33 rechtlich eine Videoüberwachung in dem Tunnel nicht her - auf dem Goetheplatz in Weimar ja, bloß da hat man handwerklich schlecht gearbeitet, aber hier war es eben nicht gesetzlich abgedeckt.

Meine Damen und Herren, das Vertrauen zwischen dem Mitglied der Landesregierung und dem Parlament und die Grundlage einer seriösen Zusammenarbeit sind ernsthaft gestört. Ich kann nur sagen, Herr Ministerpräsident, es muss gehandelt werden. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Fiedler, CDU-Fraktion.

#### **Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns heute hier zu einer Sondersitzung zusammengefunden, um den ...

(Beifall bei der PDS)

Ja, Sie können ruhig schon einmal klopfen, es ist ja Ihre Sondersitzung.

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das ist auch Ihre, Herr Fiedler.)

Das ist Ihre Sondersitzung, die Sie beantragt haben. Lassen Sie mich doch wenigstens am Anfang noch sagen, ich bin der Meinung, dass diese Sondersitzung nicht notwendig gewesen wäre, denn

(Beifall bei der CDU)

alle diese Dinge, die bisher von Ihrer Fraktion gekommen sind, von Kollegen Dr. Hahnemann, ich gehe nachher noch darauf ein, hätte man auch ohne weiteres im Innenausschuss des Thüringer Landtags klären können.

(Unruhe bei der PDS)

Da können Sie schreien, wie Sie wollen; zwei von Ihnen waren dabei, der Rest war ja nicht dabei.

(Unruhe bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS: Ja, eben.)

Meine Damen und Herren, ich will das an den Anfang stellen, um auch der Öffentlichkeit zu zeigen, wie Sie hier eigentlich mit dem Parlament versuchen umzugehen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Wir hatten an diesem Tag - ich will das noch einmal deutlich machen - diese Sondersitzung, in der es um die Videoüberwachung Weimar ging. Dann kam die entsprechende Pressemitteilung und dann hat der Innenminister, Andreas Trautvetter, von sich aus an diesem Tag dem Ausschuss anheim gestellt, dass er dort in öffentlicher Sitzung berichtet, was auf der einen Seite in Weimar passiert ist und auf der anderen Seite angeblich im Rennsteigtunnel passiert ist. Das war in öffentlicher Sitzung für alle zugänglich und die Presse war auch dabei. Wir haben dort einiges gehört und ich will das ohne weiteres auch mit an den Anfang stellen. Auch ich, meine Fraktion und auch die Kollegen des Innenausschusses sind nicht glücklich, dass wir am 10.12. im Ausschuss dort so informiert wurden, wie wir informiert wurden. Sie können ja ruhig lachen. Wir hatten dort erwartet, noch detailliertere Kenntnisse zu hören. Ich will auf die Dinge verweisen, die dort gesagt wurden, und das sind eigentlich die Kernpunkte, die angesprochen wurden. Zu den Pressemitteilungen, die Überwachungen im Rennsteigtunnel betreffend, erklärte Minister Trautvetter: Anlass für diese Meldung schein eine Äußerung des ehemaligen Innenministers zu sein auf einem Parteitag. Das war der Ausgangspunkt und er hat dort einiges dazu berichtet. Aber was mir der wichtigste Punkt in dem Zusammenhang ist, darauf will ich verweisen, das ist, Minister Trautvetter hat auf die Anfrage des

Kollegen Pohl geantwortet. Bezogen auf eine Pressemitteilung des Innenministeriums fragte Abgeordneter Pohl - das ist alles öffentlich gewesen, kann man also alles nennen - noch einmal, ob das so genannte Tunnelprojekt in Thüringen weiter verfolgt werde. Antwort: Minister Trautvetter erklärte, dass eine Überwachung im Rennsteigtunnel mit ihm nicht zu machen sei. Ganz klare Aussage.

(Beifall bei der CDU)

Dann fragte der Kollege Dr. Hahnemann noch einmal nach, gleich als Nächstes, was die Aussage des Ministers, es sei mit dem Thüringer Innenminister nicht zu machen, bedeute, solle es heißen, dass das trotzdem von anderen durchgeführt werden könne? Minister Trautvetter erwiderte, er könne hier nur für die Thüringer Landesregierung sprechen. Deshalb sage er noch einmal in aller Deutlichkeit, dass die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für solche Überwachungen nicht gegeben seien. Wieder eine ganz klare Aussage vom zuständigen Innenminister,

(Beifall bei der CDU)

der das dort deutlich gesagt hat. Ich will jetzt gar nicht auf die ganzen Dinge eingehen. Mir ist wichtig festzustellen: Sie konnten immer noch nicht nachweisen, Herr Kollege Hahnemann, dass hier ungerechtfertigte oder ungesetzliche Maßnahmen im Rennsteigtunnel durchgeführt wurden.

(Heiterkeit bei der PDS)

Das ist vielleicht Ihre Auffassung. Aber weil das Ihre Auffassung ist, wird es deswegen nicht besser, sondern es ist doch ganz klar dargelegt worden, was dort eigentlich passiert ist. Ich nehme für mich und für meine Kollegen in Anspruch, die im Innenausschuss dabei waren, wir nehmen es dem Innenminister ab - Herr Kollege Pohl, da bin ich mit Ihnen auch nicht einer Meinung -, dass er aus voller Überzeugung an dem Tag das so vorgetragen hat, wie er es vorgetragen hat. Er hat heute ...

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:  
Das ist ja peinlich.)

Sie können doch Ihre Meinung haben, wie Sie wollen. Ich sage nur die Meinung, die wir dazu haben. Wir nehmen es ihm ab

(Unruhe bei der SPD)

und Sie wissen ganz genau, wir haben schon des Öfteren mit dem Innenminister im Innenausschuss zusammengesessen. Er hat, wenn irgendwelche Dinge öffentlichkeitsrelevant waren, diese immer dem Ausschuss sofort mitgeteilt. An diesem Tag hätte aus meiner Sicht der Innenminister- und das war der Vorwurf, der ihm zu Recht gemacht werden muss, das hat er heute hier bekundet - sich seine Vorlage noch etwas genauer anschauen müssen.

(Unruhe bei der SPD)

Mehr als entschuldigen, meine Damen und Herren - da können Sie, Frau Pelke, lachen wie Sie wollen -, mehr als dafür entschuldigen, kann sich ein Minister nicht, dass er einen Fehler gemacht hat, indem er das vor der Öffentlichkeit und vor dem Parlament dargestellt hat. Und er hat es gemacht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Innenminister bis dato den Innenausschuss umfassend informiert hat.

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Abgeordneter Fiedler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hahnemann?

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Nein.

(Heiterkeit bei der PDS)

Herr Hahnemann, ich komme ja gleich noch auf Sie. Ich wollte erst einmal auf die Fakten eingehen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Ich bin bis heute noch davon ausgegangen, dass Sie - wenn wir heute hier in den Plenarsaal gehen - wenige Tage vor Weihnachten wirklich konkrete Dinge haben, die Sie uns vortragen. Aber was Sie vorhin geboten haben, das war genau das, was ich eigentlich von Ihnen erwartet habe, dass Sie wieder Ihre alten Kamellen herausgezogen haben, Rechtsauffassung sei abenteuerlich, Gutsherrenart, die Schlagwörter NPD-Verbotsverfahren. Ich frage mich, was das NPD-Verbotsverfahren überhaupt mit dem heutigen Tagesordnungspunkt zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Das bestätigt mich in der Tatsache, dass Sie gar kein Interesse daran haben, dass es darum geht, wie sind die Daten gesammelt worden, wie sind sie unter Verschluss gehalten worden, wer hatte Zugang zu den Daten. Das hätten wir alles im Ausschuss machen können. Nein, Sie wollen in aller Öffentlichkeit wieder Ihre Dinge ablassen, Sie wollen diesen Innenminister, der seine Aufgabe mittlerweile seit über zehn Jahren nicht nur als Innenminister im Lande hervorragend geleistet hat, madig machen. Das ist doch die Zielrichtung. Geben Sie es doch zu.

(Beifall bei der CDU)

Sie brauchen doch gar nicht erst noch einmal die Daten so vorzuschieben. Das ist doch der Hintergrund, den Sie haben. Langsam, aber sicher kann es einem wirklich bunt werden, wenn Sie solche Worte gebrauchen, dass der 11. September mittlerweile zur Mode wird. Wo sind Sie denn überhaupt? Bekommen Sie denn nicht mit, was in

dem Lande los ist, was nach dem 11. September hier passiert ist,

(Beifall bei der CDU)

dass Sie das überhaupt so lächerlich machen können?

Meine Damen und Herren von der SPD, nun will ich auch noch einmal in Ihre Richtung schauen. Wer hat denn eigentlich nach dem 11. September gemeinsam die Konsequenzen gezogen? Der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:  
Habe ich etwas ... gesagt?)

Ja, ich will trotzdem in die Richtung. Kollege Gentzel, ich schaue trotzdem in die Richtung.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Das war nicht seine Meinung.)

Kollege Gentzel, ich schaue in Ihre Richtung, weil Ihr Bundesinnenminister, Gott sei Dank, sage ich ganz klar und deutlich, mit den Innenministern der Länder die Dinge auf den Weg gebracht hat, die notwendig sind, dass man solchen Dingen begegnet.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Jawohl.)

Ich will Sie nur davor warnen, dass Sie sich etwa dieser Seite hier gegebenenfalls annähern.

(Unruhe bei der PDS)

Wenn ich dann sehe, Herr Dr. Hahnemann, dass Sie wieder anfangen, alle die Dinge, die wir hier schon zig-mal diskutiert haben, wo Sie Ihre bestimmte Meinung haben. Die können Sie ja gern haben, ob das um MOBIT und ABAD geht. Wir haben die Dinge diskutiert im Innenausschuss, im Plenum. Das ist noch gar nicht so lange her. Sie wollen immer wieder weismachen, Sie haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, Sie haben Recht und die anderen verstehen alle nichts von der ganzen Materie. Sie wissen doch, dass es ganz anders war. Es ist in dem hohen Haus hier diskutiert worden. Ich möchte auch darauf noch einmal verweisen, dass es damit nicht besser wird. Deswegen will ich das noch einmal deutlich machen. Es ist bisher noch von niemandem nachgewiesen worden, dass die Daten nicht rechtens sind, seitdem sie in den Händen des Innenministers waren, vom 24.10. Man muss sich das einfach einmal anschauen, dass mit diesen Daten nichts passiert ist, nichts unternommen wurde, sondern dass die Datenschutzbeauftragte gemeinsam vor Ort war, dass die Daten dann auf dieser Festplatte waren, die diese Firma dort aufgenommen hat, dass diese Daten gesichert werden. Sie sind in der VPI Suhl unter Verschluss und dort kann überhaupt nichts passieren.

Jetzt komme ich noch einmal darauf, was die Menschen in dem Lande langsam umtreibt. Gehen Sie doch einmal hinaus, meine Damen und Herren, und reden Sie doch einmal mit ganz normalen Leuten von der Straße. Dann sagen die Ihnen, was treibt ihr denn überhaupt in diesem Thüringer Landtag? Da geht es um eine Kennzeichenerfassung, wo mit einer Kamera von hinten ein Kennzeichen erfasst wird. Vielleicht haben Sie Angst, Herr Ramelow, dass Sie registriert werden, wenn Sie immer zur Frau Zimmer gefahren sind.

(Heiterkeit bei der PDS)

Sie brauchen keine Angst zu haben, dass das hier irgendwo registriert wurde. Sie haben maximal Ihr Kennzeichen dort aufgenommen. Dass die Menschen im Lande sagen, wir haben ganz andere Probleme, uns geht es überhaupt nicht darum, dass hier ein Kennzeichen registriert wird. Ich weiß, ich begeben mich jetzt in einen ganz großen Spagat. Alle, vom Justizminister angefangen, der wird mir sofort sagen, Herr Fiedler, vergessen Sie nicht, dass das natürlich nach der Gesetzeslage vonstatten gehen muss. Ich sage das ausdrücklich. Aber trotzdem sagen die Menschen, habt ihr nicht kapiert, hier geht es um organisierte Kriminalität, hier geht es um Schleuser, hier geht es noch um andere Dinge und da müssen alle Mittel eingesetzt werden, die rechtlich möglich sind. Da, wo wir die rechtlichen Möglichkeiten nicht haben, da schaue ich zum Justizminister, müssen wir diese dann noch schaffen.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS)

Aber in dem Zusammenhang, der hier steht, ist das nicht zu erkennen. Herr Ramelow, Sie können sich aufregen, wie Sie wollen. Sie kommen nachher noch dran.

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS)

Sie kommen doch nachher noch dran, Herr Ramelow. Sie haben doch heute hier Ihre Showstunde, da können Sie das doch alles noch loslassen.

(Unruhe bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Mit so einem Fürsprecher hat man's nicht leicht, Herr Trautvetter.)

Na selbstverständlich.

(Glocke der Präsidentin)

Er kann doch hier vorkommen.

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Kollege Ramelow, beruhigen Sie sich und, Herr Kollege Fiedler, seien Sie auch in Ihrer Rede ein bisschen weniger temperamentvoll vielleicht.

**Abgeordneter Fiedler, CDU:**

Ja? Ich habe doch noch gar nicht richtig angefangen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Bis jetzt war das doch noch ruhig, was bisher war.

(Unruhe bei der PDS)

Also, meine Damen und Herren, Sie können auf der rechten Seite, von mir aus gesehen, erzählen, was Sie wollen. Der Thüringer Innenminister hat ganz klar erklärt, dass er einen Fehler begangen hat, und hat sich dafür entschuldigt. Wir haben zur Kenntnis genommen, wie die Abläufe dort waren. Ich will das nicht noch einmal einzeln vortragen, weil wir die Abläufe jetzt minutiös alle auf dem Tisch liegen haben. Wir wissen aber, dass mit den Daten nichts passiert ist, um eingreifen zu müssen. Ich verweise noch einmal: am 24.10.2003 Abnahme durch das Polizeiverwaltungsamt und damals erstmals Übernahme in den Polizeibestand. Ich will das einfach noch einmal festhalten, damit das jeder registriert und gehört hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass dieser Versuch, der heute hier gestartet wurde, um den Thüringer Innenminister in diese Ecke zu stellen, der über viele Jahre eine gute Arbeit geleistet hat und auch als Innenminister vieles übernommen hatte, ob von Richard Dewes oder anderen, der jetzt von der Ferne vom Parteitag irgendwelche Sprüche loslässt,

(Unruhe bei der SPD)

dass sich dieser Mann bisher für das Land eingesetzt hat. Wir als CDU-Fraktion sind bereit, wenn es denn noch neuere Erkenntnisse geben sollte, wir haben jetzt alles auf dem Tisch, dass wir dem Innenminister weiterhin Vertrauen schenken. Lieber Andreas Trautvetter, Du musst dein schweres Amt weiterführen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Doch, Herr Ministerpräsident, bitte.

**Althaus, Ministerpräsident:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, als Vorbemerkung lassen Sie mich sagen, die am Sachverhalt orientierte Rede des Kollegen Pohl begrüße ich ausdrücklich, weil sie die Debatte zum Thema eröffnet hat. Die unerträgliche und kaum an der Sache orientierte Rede des Kollegen der PDS-Fraktion lehne ich im Namen der Landesregierung in diesem Inhalt voll-

ständig ab.

(Beifall bei der CDU)

Wir bleiben dabei, sehr geehrte Kollegen der PDS-Fraktion, wir tragen Verantwortung für die innere Sicherheit und diese werden wir auch zukünftig sehr ernst nehmen und d.h., wir werden alle Aufgaben, die Justiz und Polizei haben, wahrnehmen, um in diesem Land innere Sicherheit zu gewährleisten, gerade auch in dem noch größer werdenden und zusammenwachsenden Europa. Ich danke der Thüringer Polizei und der Thüringer Justiz, dass sie dafür engagiert arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber gerade im Blick auf die Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten und auch durch die europäische Einigung auf unserem Kontinent nehmen die Herausforderungen, wie jeder weiß, zu. Neue Antworten, z.B. im Blick auf die Fahndung, müssen gesucht werden. Natürlich müssen sie rechtsstaatlich gesichert sein, d.h., sie müssen aber auch den neuen technischen Möglichkeiten entsprechen. Die rechtlichen Leitplanken, so möchte ich sie nennen, sind das Grundgesetz, sind entsprechende Bundesgesetze und Landesgesetze, die diesen rechtsstaatlichen Rahmen bieten, aber - und das will ich auch deutlich sagen - auch die Weiterentwicklung und Veränderung dieses rechtsstaatlichen Rahmens müssen diskutiert werden, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es auch in Thüringen zwingend, dass wir zukunftsorientierte Fahndungsmittel erproben und entwickeln helfen. Wie, wenn man sie nicht entwickelt und erprobt, will man ihre Wirksamkeit prüfen? Genau um diese Prüfung ging es in der ursprünglich geplanten Pilotprojektphase.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die automatische Kennzeichenerfassung, die das Thüringer Innenministerium über längere Zeit geplant hatte und dann auch im Blick auf die Anschaffung der Technik in Vollzug gesetzt hat, hat überhaupt nichts mit Überwachungsstaat zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es ging um nichts weiter - und das Thema bleibt auf der Tagesordnung in Deutschland -, wie man gestohlenen oder als Fluchtfahrzeug dienenden Fahrzeugen nachfolgen kann, wie man sie identifizieren kann, um dem Verfahren im Blick auf mehr innere Sicherheit auch entsprechend zum Erfolg zu verhelfen. Zwischen dem Ministerium und der Datenschutzbeauftragten herrschte Einvernehmen darüber, dass für die Pilotphase keine Änderung oder Ergänzung des geltenden Rechts notwendig gewesen wäre. Das heißt, der Rechtsrahmen war und ist aus-

reichend für eine solche Pilotphase, auch wenn Sie das von der PDS-Fraktion anders sehen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Test der Installationsfirmen war ebenfalls wichtig, weil es sonst gar nicht erst in eine mögliche Pilotphase eingeführt werden kann. Wenn dort Pannen erfolgt sind, wie das auch heute hier dargestellt wurde, müssen diese aufgearbeitet werden, z.B. die Frage, warum keine Freigabe für die Testphase erfolgt ist, oder die Frage, warum es zur Speicherung von Daten kam, wie sich also die Fehlfunktion erklärt. Diese offenen Fragen müssen beantwortet werden. Aber noch einmal will ich das ganz klar sagen: Die geplanten und nun gar nicht begonnenen Pilotversuche zum Test eines solchen Systems hinsichtlich einer Bewertungsmöglichkeit seiner Funktionsfähigkeit sind zulässig und vom geltenden Thüringer Rechtsrahmen gedeckt. Ich verstehe die auch öffentlich diskutierte Verunsicherung. Ich verstehe auch die Sorge, die sich damit verbindet, weil der innere technische Zusammenhang und die Wirkung eines solchen Verfahrens allzu leicht auch zur allgemeinen Debatte mitgenutzt werden kann, die wir im Blick auf die Videoüberwachung vor einigen Wochen hier durchgeführt haben. Aber ich akzeptiere nicht diese billige Instrumentalisierung eines solchen Themas oder auch die Fehlinformation der Öffentlichkeit.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das will ich sehr deutlich sagen, der Innenminister hat heute umfassend berichtet und der Innenminister Trautvetter hat den Fehler, den entscheidenden Fehler hier am Rednerpult deutlich ausgesprochen. Es ist die Frage, warum er nicht am 10. Dezember en détail das Projekt vorgestellt hat, um das es ging, das aber inzwischen seit dem 28. Oktober nicht mehr weiter verfolgt wurde. Die Fakten lagen zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich auf dem Tisch und hätten berichtet werden können. Dadurch ist ein falscher Eindruck entwickelt worden, als gäbe es unkorrektes, inakzeptables Verhalten, das zu vertuschen wäre. Aber er hat heute sehr deutlich das Verfahren, auch die Genese des Verfahrens und auch die Bewertung seiner konkreten Aussagen am 10. Dezember hier dargestellt. Die Gründe für den Innenminister hat er auch dargestellt. Dieses Verfahren war abgebrochen. Er selbst hat den Abbruch dieses Verfahrens sanktioniert, gerade auch im Blick auf mögliche Fehlinterpretationen - Stichwort Videoüberwachung - und auch die Kurzfristigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen. Und trotzdem, auch das hat er hier mehrfach gesagt, war sein Verhalten, wie er inzwischen selbst gesagt hat, nicht in Ordnung. Ich halte es deshalb für korrekt und angemessen, dass er sich auch, wie er das heute hier getan hat, vor den Mitgliedern des Innenausschusses dafür entschuldigt hat. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein ärgerlicher Vorgang, der hier umfassend dargestellt wird, bietet möglicherweise die Gelegenheit zur politischen Grundsatzdebatte oder auch zur politisch fehlorientierten Debatte, wie das von der PDS-Fraktion genutzt wurde, aber es ist überhaupt kein Grund, den Rücktritt

von Andreas Trautvetter zu fordern

(Beifall bei der CDU)

oder mich aufzurufen, ihn zu entlassen. Im Übrigen lege ich Wert auf die Feststellung, die entstandene Verwirrung darf auch nicht dazu führen, dass sich die Innenministerien Deutschlands und auch das Bundesinnenministerium nun nicht mehr der Frage widmen, wie zukünftig besser und technisch moderner und damit auch erfolgreicher gefahndet werden kann. Das bleibt auf der Tagesordnung in Deutschland, denn wir wollen, dass die Menschen in diesem Land gerade in Freiheit ihre Sicherheit leben können, und dazu ist es auch wichtig, sich auf die neuen Entwicklungen einzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Und dass das nicht nur ein Thema in Thüringen ist, wissen Sie. Die Arbeitsgruppen, die zwischen Bundesinnenministerium und Länderinnenministerien auf diesem Feld arbeiten, tagen natürlich und entwickeln neue Konzepte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch richtig ist natürlich, dass mögliche Vorschläge für Veränderungen dann politisch und juristisch gewertet werden müssen. Auch eine Veränderung des Rechtsrahmens kann dabei und muss dabei diskutabel sein und entschieden werden. In diesem konkreten Fall ist es so weit nicht gekommen. Derzeit wird an der Fortsetzung oder auch der Einführung der Pilotphase nicht weiter gearbeitet. Ich halte das auch für die richtige Entscheidung, damit keine falschen Orientierungen damit verbunden werden, aber ich will auch sehr deutlich machen, die Überinterpretation dieses Themas "automatische Kennzeichenerfassung" hilft nicht, diesem wichtigen Thema auch in Zukunft die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken, denn es bleibt eine wichtige Aufgabe, die automatische Kennzeichenerfassung in Deutschland zukunftsfähig zu entwickeln, damit wir möglichen Verbrechern auch schneller auf die Spur kommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über den Fortgang - und dafür bin ich dem Innenminister auch dankbar, dass er das deutlich gemacht hat - der deutschlandweiten Debatte wird das Kabinett und auch der Innenausschuss informiert. Im Übrigen hat das Thema nun wirklich nichts mit Überwachungsstaat zu tun, denn auch die jetzt schon zur Verfügung stehenden Informationen zeigen ganz eindeutig, dass sowohl vom technischen Verfahren her, vom Abgleich mit möglichen Fahndungslisten, als auch von der Zeitdiskussion im Blick auf Überwachung und Festhaltung der entsprechenden Nummernschilder her überhaupt keine Überwachung von Personen und Identifikation von Personen vorgenommen werden kann. Insofern ist der Begriff "illegal" im Antrag der PDS-Fraktion vollkommen am Thema vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Rede des Vertreters der PDS-Fraktion ist aber eines deutlich geworden, dass allen Elementen, die der Rechtsstaat zusammen mit der Politik entwickelt, um in unserem Land inneren Frieden zu gewährleisten, dem Extremismus klare Gegenwehr zuteil werden zu lassen und darauf zu achten, dass äußerer und innerer Friede auch gewährleistet wird, von vornherein skeptisch gegenüber gestanden wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS-Fraktion, wir bleiben dabei, dass das Thema "innere Sicherheit, Kampf gegen Extremismus" nicht nur gegen Rechts-Extremismus, sondern auch gegen Linksextremismus auf der Tagesordnung steht und dass wir alles dafür tun werden, dass wir diesen Kampf auch erfolgreich führen.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt ein ärgerlicher Vorgang, bei dem zum Beispiel durch die klaren Aussagen am 10. Dezember vor dem zuständigen Ausschuss für Klarheit hätte gesorgt werden können über ein Verfahren, das zu dieser Zeit überhaupt nicht mehr verfolgt wurde. Aber es bleibt auch, dass wir keinen Grund haben, an der Arbeit und auch der klaren Verantwortlichkeit des Thüringer Innenministers zu zweifeln, und deshalb ist der Antrag der PDS-Fraktion in Punkt 1 falsch und in Punkt 2 steht er nicht zur Debatte. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsidentin Lieberknecht:**

Es hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Gentzel.

#### **Abgeordneter Gentzel, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Ihrer Rede, Herr Fiedler, nur so viel: Sie haben von einem Spagat gesprochen, den Sie hier geübt haben. Es war kein Spagat - es war eine Rolle rückwärts mit Bauchlandung.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen ganz offen, mir wird schlecht, wenn Sie von hier vorn den Rechtsstaat definieren, und mir wird schlecht, wie Sie die Rechte auslegen. Nehmen Sie ein für alle Mal zur Kenntnis, dass auch der Spaziergänger auf dem Goetheplatz in Weimar oder der Autofahrer auf der A 72 durch den Rennsteigtunnel Rechte hat. Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie von der Freiheit der Menschen reden hier in diesem Land, dann empfehle ich Ihnen,

(Unruhe bei der CDU)

halten Sie doch einen solchen Vortrag mal in Ihrer Fraktion, insbesondere in dem Innenzirkel. Laden Sie den Innenminister mit dazu ein. Sie scheinen mir den meisten Nachholbedarf bei der Frage "Freiheit der Menschen" hier im Freistaat Thüringen zu haben.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU: Das ist Ehrabschneidung, Sie Schwätzer, Sie!)

(Unruhe bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Medien hatten ja schon informiert, dass sich der Ministerpräsident heute zum Chefverteidiger von Herrn Trautvetter aufspielen wird. Ich war gespannt, zumal - das muss man zugeben -, für diesen Chefverteidiger hatten Sie von Anfang an, Herr Ministerpräsident, eine schlechte Ausgangsposition.

(Unruhe bei der CDU)

Der Innenminister Trautvetter hat es in nur 13 Monaten geschafft, ob ich nun als Stichpunkte gebe "Video Weimar" oder den Prügelprozess in Hamburg, so viel Porzellan zu zerschlagen, dass von Vertrauen in diesen Mann in Thüringen längst keine Rede mehr ist.

(Beifall bei der SPD)

Und, Herr Abgeordneter Fiedler, die Menschen fragen draußen nicht: Was treibt der Landtag?, sondern die Menschen fragen draußen: Was leisten wir uns in Thüringen für einen Innenminister?

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, eingedenk der schlechten Vorgaben, die Sie mit diesem Innenminister hatten, ist es nicht allzu schwer und nicht allzu einfach gewesen vorauszusagen, dass Sie heute mit Ihrer Verteidigungsrede scheitern werden. Ich hätte allerdings nicht gedacht, dass Sie in Ihrer Rede so schwach und so unglaubwürdig sein werden. Es reicht eben nicht, auf Europa hinzuweisen;

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU:  
Schämen Sie sich nicht?)

es reicht eben nicht, auf die weiter gehende Technik hinzuweisen; es reicht nicht, an die Zukunftsorientiertheit zu appellieren. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, Ihr Innenminister schafft Tatsachen, während Sie über solche Dinge reden wollen. Nichts da mit einer Debatte über zukunftsorientierte Verbrecherfahndung, nichts über eine Debatte, wie wir in einem gemeinsamen Europa mit der Verhinderung von Kriminalität umgehen wollen. Ihr Innenminister redet nicht, der schafft Tatsachen, und zwar rechtsstaatlich nicht einwandfrei und ohne richtige Information, ohne vollständige Information, ohne wahre Information

hier in diesem Haus, was er denn so treibt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Ihre Rede war auch schwach und unglaubwürdig, weil Sie nicht die Kraft besessen haben, Ihrem Innenminister hier die wirklichen Fragen zu stellen, zum Beispiel: Wie läuft denn das eigentlich so, wenn in diesem Innenministerium 150.000 € auf den Weg gehen für eine Investition? Wird die nicht zumindest von dem Staatssekretär gegengezeichnet, nicht von einem Minister? Keine Antwort heute.

Wie bereitet sich denn ein Mitglied Ihrer Regierung auf eine Ausschuss-Sitzung vor? Gab es einen fünfseitigen Vermerk an den Herrn Innenminister, den er einfach nicht zur Kenntnis genommen hat?

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU:  
Das hat er doch getan.)

Wie funktioniert eigentlich der Probetrieb - das haben schon mehrere vor mir gefragt - am 9. September mit Polizeiautos, von dem ein Innenminister dann nichts gewusst hat? Wie kann man am 28.10. ein Projekt stoppen, von dem der Innenminister in der Sitzung des Ausschusses am 10.12. sagt, er weiß von nichts. Und noch mal rückblickend: Ich rede von einem Projekt ohne Rechtsgrundlage und von einem Projekt, von dem der Innenminister selber sagt, er hat es weder verfolgt noch geplant. Wer schafft eigentlich Software für ein Projekt an oder bestellt diese ohne Rechtsgrundlage und wieso - dass Daten gespeichert worden sind, haben wir ja zur Kenntnis genommen - wurden Daten gespeichert? Da hilft auch nicht so eine lieblos runtergerattete Entschuldigung unter der Überschrift "Tagesordnungspunkt 1, 2, 3". Denn wenn Sie genau hingehört hätten, Herr Ministerpräsident, er hat sich zwar entschuldigt, aber das, wofür er sich wirklich zu entschuldigen hatte, das hat er vorher wieder vernachlässigt. Unwahrheit im Ausschuss - Originalzitat: "Die Kerninformation habe ich gegeben." Gezielte Desinformation der Öffentlichkeit - der Innenminister: "Die Presse war nicht aktuell." Ja, für was haben Sie sich denn hier eigentlich entschuldigt, wenn es nach Ihrer Ansicht keinen Grund gab, sich zu entschuldigen? Nein - Herr Ministerpräsident, was Sie hier eben abgelegt haben, war unglaubwürdig, und vor allem unglaubwürdig, weil Sie in einem zentralen Punkt Ihren eigenen Vorsatz, Ihre eigenen Vorgaben für diese Legislaturperiode gebrochen haben. Sie haben immer angekündigt, erst das Land und dann die Partei. Nein, Herr Ministerpräsident, heute kommt zuerst die Partei und dann das Land.

(Beifall bei der SPD)

Sie schützen und stützen einen unfähigen Innenminister, um das Machtgefüge in der Thüringer CDU

(Unruhe bei der CDU)

nicht zu zerstören. Sie nehmen dabei billigend in Kauf,

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Groß, CDU: Das ist eine Unverschämtheit.)

dass der Eid eines Ministers hier in Thüringen zu einer Kabarettnummer verkommt. Und so, meine Damen und Herren, wird das "Problem Trautvetter" automatisch zu einem "Problem Althaus".

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Jetzt ist es raus.)

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU:  
Das hätten ihr gern.)

Eine Thüringer Zeitung fragte vergangene Woche: Was ist schlimmer, ein Innenminister, der gegen die Pressefreiheit verstößt oder der nicht weiß, was in seinem Ministerium los ist? Ich frage: Was ist schlimmer, ein Ministerpräsident, der die Dummheiten seines Innenministers nicht erkennt oder der sie trotzdem toleriert und zu vertuschen hilft? Meine Damen und Herren, es ist eben nicht alles berichtet,

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU:  
Unverschämtheit.)

es ist eben nicht alles aufbereitet und die SPD-Fraktion ist nicht bereit, sich mit dem jetzigen Informationsstand abzufinden. Nein, Herr Fiedler, wir werden uns nicht im Innenausschuss über die offenen Fragen unterhalten, wir werden uns in einem Untersuchungsausschuss über die offenen Fragen unterhalten.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Wir werden einen Untersuchungsausschuss hier im Thüringer Landtag installieren, der all die Fragen, die heute nicht beantwortet sind, beantworten wird. Wir wollen wissen - und auch hier nehme ich Anleihe bei einem Thüringer Journalisten -, wie hoch der Grad der Verwahrlosung im Innenministerium ist und dort besonders im Ministerbüro.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU: Zumindest besser als am Ende der 2. Legislatur.)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben mit Ihrer schwachen, unglaubwürdigen Verteidigungsrede von heute der Opposi-

tion, der SPD keine andere Möglichkeit gelassen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Es hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende der PDS, Herr Abgeordneter Ramelow.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist aus der Mitte des hohen Hauses mit einer gewissen Empörung darauf reagiert worden, dass wir uns heute hier versammelt haben. Zumindest die Zwischenrufe, die ich hinten hören muss, veranlassen mich, wieder mal die Frage aufzuwerfen, in welchem Ton wir hier miteinander umgehen.

(Unruhe bei der CDU)

Frau Präsidentin, es ist von mir eine Frage, ob "Arschloch" zum üblichen Wort in diesem Haus gehört, "Rüpel" oder "Ehrabschneider".

**Präsidentin Lieberknecht:**

Wer hat das gesagt?

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Das ist das, was man hier hinten hört, während Abgeordnete sprechen. Vielleicht sollte man eine Überwachungskamera mehr in diese ...

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben mit Ihren Einlassungen sich das Problem in der Tat zu Eigen gemacht,

(Unruhe bei der CDU)

unabhängig von der Frage der Bewertung Innenausschuss, welche Informationen hat es gegeben, wie war der Minister informiert. Nein, Sie sind ein Stück weitergegangen. Sie haben gesagt, angesichts der veränderten Technik muss es möglich sein, solche Probeläufe und solche technologischen Dinge auszuprobieren, sie zu debattieren, ihnen einen rechtlichen Rahmen zu geben. Das waren sinngemäß Ihre Worte. Da muss ich Ihnen sagen, da trennen uns in der Tat Welten.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pietzsch, CDU:  
Nicht nur da trennen uns Welten!)

(Beifall bei der PDS)

Herr Pietzsch, Sie können laut rufen: "Nicht nur da", das ist auch gut so, dass es gewisse Unterscheidungen gibt, während ein Teil bei Ihnen wirklich altem Denken verhaftet ist. Also, bei Herrn Fiedler habe ich ganz schnell mal nachgeschaut bei seinem Redebeitrag.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU:  
... denken, sind Sie noch nicht.)

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Abgeordneter Böck, auch Sie können sich melden.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Wer ist der Herr da hinten? Man hört ihn hier vorn selten sprechen, außer dass er da hinten krakeelt und brüllt. Das ist doch der Herr, der auch einmal Innenminister war und ein Leinensäckchen in der Kantine bekam und damit die Tradition des ...

**Präsidentin Lieberknecht:**

Herr Ramelow, kehren Sie zum Thema von heute zurück.

(Zwischenruf Abg. Böck, CDU:  
Brechen Sie ab!)

Herr Böck, Sie können sich melden, eine Wortmeldung abgeben, wenn Sie etwas sagen möchten.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Meine Damen und Herren, ich verweise in der Tat auf das Grundgesetz. Herr Ministerpräsident, das vereint uns, dass das Grundgesetz die Grundlage all unseres Denkens und staatlichen Handelns sein muss. In der Tat, ich interpretiere informationelles Selbstbestimmungsrecht völlig anders wie Sie.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Als!)

Nein, meine Schwester, ich habe sie gestern gefragt, ist Lehrerin, hat gesagt, der Altministerpräsident und ich dürfen in Zukunft "als" und "wie" verwechseln. Also regen Sie sich noch ein bisschen auf da hinten, meine Damen und Herren, zumindest meine Schwester hat mir jetzt Recht gegeben. Sie ist Deutschlehrerin.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU)

Sie können das bei Herrn Dr. Vogel dann auch immer dazwischenrufen. Aber Sie können das ernste Thema gar nicht der Lächerlichkeit preisgeben, weil, es geht um viel mehr, Herr Fiedler, ob ich bei Frau Zimmer war oder nicht. Ich kann Ihnen sogar versichern, ich bin nie dort gewesen. Gabi, du solltest mich mal einladen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Es geht um das informelle Selbstbestimmungsrecht des Bürgers und um den Staat. Ob der Staat ein Recht hat alles und jedes aufzunotieren, zu sammeln, zu prüfen,

(Unruhe bei der CDU)

auszuwerten und elektronisch einer Prüfung auszusetzen, die, Herr Minister, eben etwas anderes ist, wie Sie es hier versucht haben nebeneinander zu stellen. Es ist ein Unterschied, ob ein Beamter Dienst tut oder ob eine Maschine automatisch sämtliche Datensätze erfasst, und zwar von jedem Menschen, ohne dass er es weiß, ohne dass er die Konsequenzen kennt, ohne dass man weiß, was mit diesen Daten geschieht. Das ist ein erheblicher Unterschied. Deswegen bin ich sehr für die Verstärkung der Polizei auf der Straße. Das, was Sie immer ankündigen, mehr Grün auf der Straße. Eigentlich wäre es das Gefühl der Sicherheit, das steigen würde. Aber wenn wir die Computer anstelle der Polizei nehmen, dann, Herr Ministerpräsident, und das haben Sie sich zu Eigen gemacht, wird der Generalverdacht gegen den Bürger elektronisch ausgearbeitet - und das ist der rote Faden Ihres Handelns -, der Generalverdacht gegen Bürger, bei dem es eben möglich ist und in der technischen Spielerei dieser Herren im Polizeiamt - oder wo auch immer - einfach als völlig normal angesehen wird, Kennzeichenerfassung an einer öffentlichen Straße, über einer öffentlichen Straße anzumontieren und dem Minister nicht Bescheid zu sagen. Oder vielleicht eine Gesichtsfelderfassung - mir hat man gesagt, mit der Anlage sei es technisch problemlos möglich, auch die Gesichtsfelderfassung. Da Sie vorhin so eine Andeutung gemacht haben, muss ich ja schon wieder fragen, bin ich ja schon wieder hellhörig: Habe ich etwas überhört, gibt es vielleicht schon dort technisch eine Voraussetzung, die nur nicht angeschaltet ist? Elektronik ist eben heute so, dass es nicht mehr die fünf, sieben, zehn großen Kästen sein brauchen, die irgendetwas verarbeiten. Es kann auf Mikrochips eine gigantische Speichergröße aufnotiert werden. Wenn Sie dann zwischendrin mal sagen, es seien nur Millisekunden Kfz-Kennzeichen erfasst, ja, so funktioniert Elektronik. Damit sind sie erfasst und damit entsteht ein Datenschatten und dieser Datenschatten ist sogar nach einer Zeit wieder herstellbar. Und da, wir stehen kurz vor Weihnachten, würde ich gern ein Geschenktipp abgeben, vielleicht hilft es bei dem einen oder anderen hier im Haus. Heinrich Böll hat das geschrieben "Die verlorene Ehre der Katharina Blum". Vielleicht beschäftigen Sie sich mal damit, was in einem Staat passiert, bei dem irgendwann der Wahn des Datensammelns alles und jedes möglich macht und es keine Grenzen mehr gibt. Da rede ich jetzt gar nicht von George Orwell, sondern ich rede von Heinrich Böll, der in einer ganz speziellen Situation in Westdeutschland die Probleme angerissen hat und die Frau, diese Hauptfigur Katharina Blum, sich nicht entlasten konnte, weil alle Fakten gegen sie gesprochen haben. So ist das, wenn man elektronisch alles erfasst und alles Technische möglich macht. Da, meine Damen und Herren, würde ich mir in der Tat eine Datenschützerin wünschen, die zuallererst zubeißt, auf die

Füße tritt, in die Arme fällt und sagt, ohne meine Genehmigung, ohne meine Sicht der Dinge gibt es so etwas gar nicht.

(Beifall bei der PDS)

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben versucht, auf die Linie, die der Herr Trautvetter vorgibt, einzugehen, zu sagen, es ist ja eigentlich gar nichts passiert. Wir können uns streiten über das Wort "illegal". War es eine illegale oder war es, wie Herr Trautvetter selbst gesagt hat im Ausschuss, eine rechtlich nicht gedeckte Maßnahme? Wo bitte ist der Unterschied zwischen einer Maßnahme, die rechtlich nicht gedeckt ist, und einer illegalen Maßnahme? Für mich ist das illegal, weil es rechtlich nicht gedeckt ist.

(Beifall bei der PDS)

Es wird erst rechtlich künstlich gedeckt, indem man sagt, es sei ja eine Testphase. Aber wieso ist eine Testphase, wenn Datenerfassung gegen Bürger vorgenommen wird, dann rechtlich gedeckt? Wieso ist das dann genehmigt, wenn der Datenschutz schreibt, wenn Frau Liebaug heute die Fraktionen anschreibt und davon in Kenntnis setzt, dass das Thüringer Innenministerium die Freigabe nicht gegeben hat, dass das Innenministerium deswegen gerügt wird nach § 34 Abs. 2 Thüringer Datenschutzgesetz? Die Genehmigung lag nicht vor und sie schreibt mir jedenfalls als Fraktionsvorsitzenden: Dafür werde ich gegenüber dem TIM eine Beanstandung gemäß § 39 Thüringer Datenschutzgesetz aussprechen. Also gab es doch etwas, was Frau Liebaug zumindest für beanstandenswert gehalten hat. Es gibt ein Zweites, das mir erst in dem Brief deutlich geworden ist und bei dem ich sage, Herr Trautvetter fängt erst an die Dinge auf den Tisch zu legen, wenn der Druck immer massiver wird. Was mir bis heute Morgen nicht bekannt war, dass 658 Autos von Normalbürgern erfasst waren - das steht hier auch drin -, dass nämlich am 9. September diese Erfassungsanlage ganz normal in Betrieb war und alle Durchfahrenden erfasst worden sind. Bis zum 10. Dezember gab es gar nichts. Dann stand am nächsten Tag in der "Thüringer Allgemeinen" ein Foto und ein Beitrag mit einer Nummer eines Kaufvertrags einer Anlage, die am Tag zuvor noch unbekannt war. Dann wurde zurückgerudert. Aber dann wurde gesagt, das war erstens nur ein Test, zweitens wurde nur justiert, drittens waren es nur Polizeiautos. Vorhin war so eine Frage, Heiko Gentzel: Was war mit den anderen Kfz, die durch den Rennsteig gefahren sind, oder waren das vielleicht die Probephasen, wenn Feueralarm gemacht worden ist, dass dort nur Polizeiautos zum Justieren durchfahren durften? Oder wurden alle ein- und ausfahrenden Autos im Rennsteigtunnel zu Polizeifahrzeugen honoris causa, einfach ehrenhalber? Die wurden alle in den Polizeidienst gestellt und auf der anderen Stelle wieder aus dem Polizeidienst entlassen. Und wie erkläre ich mir, dass 658 ganz normale Menschen dort erfasst worden sind? Dass Sie dann sagen, das sei alles gar kein Problem und außer-

dem sei das ja nur die Justierung - das, Herr Ministerpräsident, ist das Problem. Sie und wir haben eine völlig andere Auffassung, was die grundgesetzlich normierten Rechte der Bürger sind. Ein Staat, der die Grenzen der Datensammelwut gegen Bürger nicht mehr kennt, dieser Staat ist dabei auszurasen, den Datenwahn auszuleben.

(Beifall bei der PDS)

Und da kann ich nur sagen, das hat es in Westdeutschland schon einmal gegeben - bevor Sie wieder schreien. Dazu gab es beim Bundesverfassungsgericht das Volkszählungsurteil, das die Grenzen dem Staat aufgezeigt hat, und gegen diese Grenzen wird fortlaufend mit Füßen getreten. Das, was dort normiert worden ist, ist vom Thüringer Innenministerium nie anerkannt worden. Er ist so, wie er ist. Das ist das Einzige, wo ich Ihnen Recht gebe. Er ist der Hemdsärmelige, der sich locker über alles hinwegsetzt. Und Herr Fiedler hat heute den Trautvetter Nummer 2 gegeben, indem er wirklich in einer Art und Weise über das Grundgesetz geredet hat, da kann ich nur sagen, ja, so muss die SED früher auch gewesen sein. Wie gesagt, Sie sind ja seit 1985 schon Blockmitglied

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:  
Mir fällt es wenigstens ein.)

in der Blockpartei, von daher haben Sie es ja nicht anders gelernt. Aber da sage ich, das, was die SED und der SED-Staat an Umgang und Druck und Drohhaltung dem Bürger gegenüber eingenommen hat, das muss dann wirklich beendet werden und da muss man sagen, so etwas darf nicht in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes allgegenwärtig und alltäglich werden. Wenn ich Ihnen zuhören, Herr Ministerpräsident, heißt die Devise: Es gab nichts, es war nichts, es bleibt nichts. Er hat sich zwar entschuldigt; hätten wir den Landtag nicht eingeladen, hätte er sich nicht entschuldigt. Eine Fortsetzung der Beratung des Innenausschusses ist sinnlos auf Basis des 10. Dezember, da hat er wider besseres Wissen dem Ausschuss nur die Halbwahrheit gesagt oder nur den Teil der Erkenntnis, der zwischen Großhirn und Kleinhirn bei ihm in den Datenverarbeitungsspeicher gekommen ist. Und das, was bei Ihnen nicht funktioniert, Herr Ministerpräsident,

(Unruhe bei der PDS, SPD)

ist dieses Rollenspiel zwischen good Boy und bad Boy. Sie sind derjenige, der durch die Bundesrepublik durch alle Talkshows geht, den netten Thüringer Ministerpräsident darstellt,

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU:  
Ist er ja.)

- ja, er gibt ihn gut, da gibt es keinen Neid, überhaupt keinen Neid, meine Damen und Herren. Ich denke nur, wenn die Katze aus dem Haus ist, eine alte Volksweisheit, tanzen

die Mäuse auf dem Tisch.

(Beifall bei der PDS)

Herr Trautvetter ist die dickste, die fetteste Maus, die wir in der Thüringer Regierung haben,

(Heiterkeit bei der PDS)

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der PDS)

und ich glaube, es wird langsam Zeit, dass man dieser Maus die Mausefalle verpassen sollte, meine Damen und Herren. Es gibt mehrere Möglichkeiten, ich hätte da Vorschläge. Ein Vorschlag, Herr Ministerpräsident, wenn Sie den brutalstmöglichen Aufklärer von Hessen treffen, sagen Sie ihm doch, man möge bitte die Märchenstraße von Hessen

(Zwischenruf Abg. Wackernagel, CDU:  
Frau Präsidentin!)

bis zum Thüringer Innenministerium verlängern. Es wäre eine Maßnahme. Eine zweite Maßnahme wäre, den alljährlichen Thüringer Märchenpreis auszuloben. Ich vermute, dass das Innenministerium in Thüringen am meisten betroffen und am häufigsten damit konfrontiert sein wird. Deswegen glaube ich, dass es nicht nur um den Innenminister geht, dessen Entlassung wir beantragt haben, sondern es ist dringend Zeit, das Innenministerium umzustrukturieren.

(Beifall bei der PDS)

Offenkundig ist es in diesem Ministerium völlig egal, wer dort Minister ist, es rankt sich Skandal um Skandal, von Herrn Böck angefangen über alle anderen, die dort gewesen sind, und ich glaube, es wird langsam Zeit, dass im Innenministerium eine andere Struktur versuchen muss, Ordnung hereinzubringen, wenn sich schon der Innenminister nicht mehr erinnert an Dinge, die ihm gesagt worden sind oder die er abgezeichnet hat. Dann braucht er wenigstens jemanden in dem Amt, der ihn daran erinnert.

Wir denken, meine Damen und Herren, es reicht. Wir fordern deshalb das hohe Haus auf, sich zu entscheiden, ob Sie aufgefordert werden, den Innenminister zu entlassen. Wir sagen, 269.000 € hat Herr Trautvetter in diesem Jahr versenkt an Steuergeldern für die Weimarer Anlage und für das Toll-Collect-System im Thüringer Rennsteigtunnel; Trautvetters Traffic-toll als Alternative zu Herrn Stolpe. Ja, da hätten wir eine Einnahme, nur eben eine illegale. Dann könnten wir auch wieder zur Wegelagererei übergehen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, 269.000 € sind zum Fenster rausgeworfen worden. Dafür haftet Ihre Landesregierung, Herr Ministerpräsident. 300.000 € in diesem Jahr waren nicht da, um im Europäischen Jahr der Behinderten ein Gleichstellungsgesetz auf den Weg zu bringen. Dafür tragen Sie die Verantwortung und deswegen sagen wir, sorgen Sie für Ordnung, dafür, dass mit Steuergeldern nicht so umgegangen wird, und haben Sie die Kraft, dem Grundgesetz Rechnung zu tragen. Jeder Bürger hat das Recht, als unbescholten zu gelten und auch in Thüringen die Straßen zukünftig zu benutzen, ohne elektronisch vom Staat erfasst zu werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU hat sich, wenn ich das recht verstanden habe, der Fraktionsvorsitzende Dr. Pietzsch zu Wort gemeldet.

**Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, es war eigentlich ein Geschäftsordnungsantrag, weshalb ich mich gemeldet habe, aber zur Rede hätte ich mich auch noch gemeldet.

(Beifall bei der CDU)

Der Geschäftsordnungsantrag wäre die Frage gewesen, wie lange Sie es denn noch dulden, dass hier von Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Ramelow - PDS, Verzeihung -,

(Heiterkeit bei der PDS)

weiterhin so unflätig mit dem Haus umgegangen wird und persönliche Beleidigungen hier ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:  
Die größte Beleidigung, die es gibt.)

Ich habe dieses zum Thema im vorletzten Ältestenrat gemacht, es ist daraufhin nichts erfolgt. Ich bin erstaunt gewesen, obwohl mir etwas anderes zugesagt worden ist, aber wenn diese Art der Diffamierungen und Beleidigungen hier munter von ihm weiter fortgesetzt wird, dann, denke ich, muss doch mal eingegriffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich will nicht auf die einzelnen Redebeiträge eingehen. Herr Abgeordneter Hahne- mann, ich hatte eigentlich gedacht, Sie hätten etwas zu sagen, aber Sie haben nur geredet. Und, Herr Abgeordneter

Ramelow, Sie haben es deutlich gemacht, es geht Ihnen schon um Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben damit den Wahlkampf eröffnen wollen.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Das haben Sie letzte Woche schon gesagt.)

Und es geht Ihnen um Stimmungsmache.

(Beifall bei der CDU)

Mir hat eben bei dem, was Sie gesagt haben, ein Kollege gesagt: "Er begreift es nicht". Ich habe gesagt: "Doch, er begreift das schon, der stellt sich ganz bewusst dumm.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Das ist die Videoeröffnung.)

Er verbreitet Unwahrheiten, damit die Leute verunsichert werden in unserem Lande."

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:  
Das war Herr Trautvetter ...)

Meine Damen und Herren - Herr Ramelow, ich habe von Ihnen geredet. Sie verbreiten Halbwahrheiten und volle Lügen und das ist noch schlimmer als das, was Trautvetter gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS, SPD)

Trautvetter hat in der Tat nicht alles gesagt, was er hätte sagen müssen, aber er hat es aus Uninformiertheit getan.

(Heiterkeit bei der PDS)

Sie haben es getan sehr wohl im Bewusstsein, was Sie sagen, und Sie haben es mit vollem Bewusstsein getan.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss schon sagen, ich hätte mir zum Thema "Datenschutz", weil es ein brisantes Thema ist, eine bessere Aussprache gewünscht, eine bessere Aussprache eben auch,

(Zwischenruf Abg. Dr. Botz, SPD:  
Es ist schon eine gute Aussprache.)

um die Menschen in unserem Land nicht zu verunsichern,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:  
Im Innenausschuss.)

um ihnen nicht etwas einzureden, was nicht wahr ist.

Meine Damen und Herren, 1989 sind wir auf die Straße gegangen, nicht nur um Reisefreiheit

(Zwischenruf Abg. Ramelow, PDS:  
Ich auch nicht.)

- Sie können es sowieso nicht wissen, Herr Ramelow, Sie kamen aus dem sicheren Westen hier rüber und erzählen uns allen, wie schlecht wir sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind 1989 auf die Straße gegangen, nicht nur wegen Redefreiheit, nicht nur wegen Reisefreiheit, sondern auch, weil wir nicht mehr bespitzelt werden wollten, weil wir nicht überprüft werden wollten, weil wir nicht wollten, dass alles über uns gesammelt wird. Deswegen gehen wir mit einer ganz besonderen Sensibilität an dieses Thema heran.

(Beifall bei der CDU)

Das erwarte ich von allen, die hier im Landtag sind.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren!

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:  
Was wollen Sie denn damit anfangen?)

Herr Hahnemann, mit Ihnen rede ich darüber nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Das sage ich Ihnen ganz ehrlich, mit Ihnen rede ich darüber nicht, weil Ihre Rede heute nicht erkennen ließ, dass Sie sich wirklich inhaltlich und seriös mit diesem Thema auseinander setzen wollen.

(Unruhe bei der PDS)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen doch genau, der Alptraum von George Orwell 1984 war doch in der DDR viel realistischer, als wir es vielfach wirklich für möglich gehalten haben. Dieses Trauma lastet auf uns; es macht uns aber auch sensibel, allen Versuchungen einer Rundumüberwachung zu widerstehen. Dieses Trauma von mehr als 40 Jahren real existierenden Sozialismus aber ist nicht das einzige Trauma. Ich empfinde es dann auch beachtlich und schlimm, dass der 11. September 2001, die Kriegserklärung islamistischer Terroristen an die zivilisierte

und freie Welt, so abgetan wird mit dem Bemerken, dass danach Hysterie ausgebrochen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Unverschämtheit, meine Damen und Herren.

Ich meine, wir haben einen Weg zu finden, einen Weg zwischen Freiheit, der mit individuellem Risiko verbunden ist und einer gesetzlich abgesicherten Kriminalitätsbekämpfung. In dieser Situation haben die Bundesrepublik und auch der Freistaat Thüringen Bestimmungen, die den Staat bei der Erfassung, Bearbeitung und Auswertung persönlicher Daten sehr eng binden. Ich sage ausdrücklich "den Staat". Der Datenschutz und das Datenschutzgesetz sind eine Festlegung des Staates gegenüber dem freien Bürger. Es ist keine Festlegung der Bürger untereinander und keine Festlegung von privaten Institutionen gegenüber ihren Bürgern.

Meine Damen und Herren, ich denke schon, dass wir uns auch über einige Dinge des Datenschutzes von Zeit zu Zeit fragen müssen. Auch Datenschutzdinge sind nicht etwas, was auf alle Zeit unumstößlich ist.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Aber  
keine Tatsachen schaffen, ich frage nach.)

Keine Tatsachen schaffen, aber wenn man Tatsachen schaffen muss, dann muss man vorher wissen, was man ändern kann und was man ändern will. Ich sage ganz eindeutig, wenn ich auch der Meinung bin, dass von Zeit zu Zeit hinterfragt werden soll, dennoch stehe ich und steht die CDU-Fraktion ohne Wenn und Aber zu den gesetzlichen Grundlagen und wir werden uns dafür einsetzen, dass diese gesetzlichen Grundlagen buchstabengetreu eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, auch das muss man sagen, unsere Welt macht eine so ungewöhnlich rasante technische Entwicklung durch, dass auch Gesetze, gerade wenn sie sich auf technische Prozesse beziehen - und Datenverarbeitung ist etwas, was mit technischen Prozessen zu tun hat -, innerhalb kurzer Zeit total überholt sein können und deswegen einer Nachprüfung zugeführt werden müssen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Erst kommt  
das Recht und dann die Technik.)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS: Nicht  
die Technik und dann die Menschen.)

Meine Damen und Herren, aber dem Staat stehen manchmal Menschen prinzipiell reserviert bis ablehnend gegenüber. Ich erlebe von Ihrer Fraktion, dass als Erstes der Staat in Generalverdacht genommen wird, er würde et-

was Schlechtes tun wollen, wenn es zur Erfassung von Daten kommt.

Meine Damen und Herren, die Polizei hat die Aufgabe aufzuklären oder - noch besser - Verbrechen zu vermeiden, und dazu bedarf es der Sammlung von Daten, des Abgleichs mit bereits erfassten Daten und der Auswertung dieser Erkenntnisse. Um es mal so zu sagen: Die Welt ist nicht mehr stehen geblieben, weil Sherlock Holmes des Arthur Conan Doyle, sondern sie ist zu einer Hightech-Welt geworden, in der auch Verbrecher ihre Straftat mit Hightech begehen. Also muss auch die Polizei in der Lage sein, diese Hightech anzuwenden, ohne unbescholtene Bürger einer Dauerüberwachung zu unterziehen.

(Beifall bei der CDU)

Was war denn nun eigentlich das Verwerfliche an dem Pilotprojekt - ich sage ganz ausdrücklich noch einmal: an dem Pilotprojekt, was nie in die Realisierungsphase übergegangen ist?

(Beifall bei der CDU)

Dieses Projekt hat verschiedene Stadien: das erste Stadium eines theoretischen Durchdenkens, das zweite Stadium einer technischen Installation und erst, wenn auf den Knopf gedrückt wird, beginnt die wirkliche Pilotphase. Aber diese Pilotphase hat nie begonnen, denn am 28.10. ist definitiv gesagt worden, diese Pilotphase wird überhaupt nicht beginnen, es wird abgeschaltet. Und es ist danach gesagt worden, es wird abgebaut werden.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:  
Und in welcher Phase ...)

(Unruhe bei der PDS)

Die Daten sind gespeichert worden und das muss man auch wieder dazu sagen, Herr Gentzel, die Daten sind in der technischen Justierungsphase erhoben worden, in der die Anlage der Polizei noch nicht übergeben war und dementsprechend die Polizei noch nicht verantwortlich war und es dementsprechend noch nicht in der staatlichen Obhut war.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, PDS:  
Das hat aber stattgefunden.)

(Beifall bei der CDU)

Zum Zweiten: Es war nie Absicht, diese Daten zu erheben, sondern ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:  
Das ist weltfern.)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Höhn?

**Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:**

Bitte.

**Abgeordneter Höhn, SPD:**

Herr Pietzsch, ein Projekt in der Aufbauphase - ich frage Sie ganz bewusst - befindet sich Ihrer Meinung also nicht in der Gesamtverantwortung des zuständigen Ministeriums?

**Abgeordneter Dr. Pietzsch, CDU:**

In der technischen Verantwortung ja, aber nicht in der Umsetzungsverantwortung, denn es hat zu der Phase

(Heiterkeit bei der PDS)

noch keine Umsetzung gegeben.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, es lässt sich ja auch technisch trefflich darüber streiten, ob dies ein datenschutzrechtliches Problem überhaupt ist. Es gibt die Meinung des Innenministeriums, es gibt die Meinung des Ministers, es gibt die Meinung der Datenschutzbeauftragten und nicht umsonst gibt es eine Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern, die sich darum streitet und die auch noch keine abschließende Meinung gefunden hat. Da ist es dann schon für mich verwunderlich, dass Herr Kollege Hahnemann mit egomaner Selbstsicherheit behauptet, er wüsste genau, wie die Rechtslage ist. Das ist hoch verwunderlich, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS: Ich habe doch gesagt, das ist Rechtsgrundlage.)

Aber, meine Damen und Herren, ich sage, verehrte Scheinheiligkeit auf den Oppositionsbänken, der Datenschutz ist Ihnen doch das wohlfeile Instrument für ein politisches Ziel. Das ist doch das A und O, was Sie erreichen wollen. Sie wollen hier die politische Dimension, Sie wollen hier, dass der Innenminister zurücktritt. Zu dieser politischen Dimension gehört eben die Aussage des Innenministers, das ist richtig. Ich will das gar nicht beschönigen. Die Aussage war so formuliert, dass man sie in verschiedenste Richtung auslegen konnte und dass sie auch verständlich zu Fehlinterpretationen und Rückschlüssen geführt hat. Aber ich habe vorhin deutlich gesagt, hervorgehoben wurde sie durch einen sicher beanstandungswürdigen, selbstverschuldeten Informationsmangel. Dennoch sage ich, die Antwort des Ministers war in der Kernaussage weder falsch noch eine bewusste Täuschung.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Peripher.  
Für was hat er sich entschuldigt?)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird den Antrag ablehnen, das ist ganz klar, es ist vorhin schon deutlich darauf hingewiesen worden.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Das ist aber überraschend.)

Es hat den Sofortbericht gegeben, damit ist der erste Teil des Punkts 1 erfüllt. Es hat keine illegale Kennzeichenerfassung gegeben, insofern müsste eigentlich der Punkt 2 zurückgezogen werden. Kehren Sie zur Sacharbeit zurück. Wir werden Ihren Antrag in keinem Punkt unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Herr Abgeordneter Ramelow, PDS-Fraktion.

**Abgeordneter Ramelow, PDS:**

Ich würde gern hier vorn vom Pult aus festgehalten wissen: Es sind 658 Bürgerinnen und Bürger in einem Computer erfasst worden. Diese Kennzeichen gehören zu Bürgerinnen und Bürgern

(Unruhe bei der CDU)

und so wäre über die Kennzeichen eine Rückverfolgung auf die Bürgerinnen und Bürger möglich. Mit jedem Kennzeichen, Herr Minister, kann man eine Halterüberprüfung machen. Jetzt erzählen Sie also bitte nicht die Geschichte, die Erde ist eine Scheibe. Es bleibt festzuhalten: Diese Bürger sind erfasst worden, als sie durch den Rennsteigtunnel gefahren sind. Der Rennsteigtunnel befindet sich in Thüringen. Der Rennsteigtunnel befindet sich nicht in der Hand eines privaten Betreiberkonsortiums. Es ist keine private Angelegenheit, es ist eine öffentlich gewidmete Straße. Es sind ganz normale Autos, die da durchfahren, und an dem Brückenträger vor der Einfahrt in den Rennsteigtunnel wurden die Kameras installiert. Sie wurden angeschafft mit einem Kaufvertrag aus Ihrem Hause, aus Ihrem Ministerium. Sie haben die politische Verantwortung dafür, dass sowohl Hard- als auch Software angeschafft und dort aufgebaut worden sind. Wann die Eigentumsübergabe erfolgt, scheint mir in der Betrachtung der politischen Verantwortung des Innenministers völlig sekundär zu sein.

(Beifall bei der PDS)

Es bleibt eine öffentliche Erfassung auf einer öffentlichen Straße. Es ist nicht meine freie Entscheidung, ob ich auf ein Privatgelände fahre wie bei einem Chemiewerk oder sonst irgendwohin, wo mir dann deutlich gemacht wird, wenn ich auf dieses Privatgelände fahre, dass ich mich

den Regeln dort unterwerfe. Insoweit, Herr Pietzsch, geht Ihre Argumentation, dass es um Privatrecht und privatrechtliche Auseinandersetzungen geht, völlig fehl. Es ist eine Anlage, die über einer öffentlichen Straße vom Innenministerium angeschafft und dort auf Antrag des Innenministeriums installiert wurde, und die Daten sind im Rahmen des Einstellungs- oder sonstigen Betriebs gesammelt worden, und zwar unabhängig davon, ob Polizeifahrzeuge oder sonstige Fahrzeuge. Es hat eine Datenerfassung gegeben, davon können Sie uns nicht abbringen. Diese Verantwortung hätten Sie gehabt am 10. Dezember so klar einzuräumen. Sie haben mit einer großen Geste den Journalisten aber klar gemacht, dass das alles Quatsch ist, was da geredet wird. Ich erinnere mich noch an eine Formulierung, wo Sie empört waren; dass Sie dementiert haben, dass es so etwas gäbe, und trotzdem würde es weiter gesendet werden. Sie haben diese Empörung gespielt bis zum nächsten Morgen, als es in der TA nachlesbar war. Und jetzt können Sie alles feinsinnig hier zerlegen und kleinreden und klein hacken, es bleibt dabei: Der Innenminister hat eine solche Anlage kaufen lassen, er hat die Verantwortung dafür. Das Geld hat er ausgegeben, er haftet dafür. Und, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben die Verantwortung für dieses Geld, das dem Steuerzahler entzogen worden ist, um technisch sinnloses Spielzeug, welches nur geeignet ist, die Überwachung zu erhöhen, also den Bürger in Generalverdacht zu nehmen, anzuschaffen. Und ich sage, Herr Ministerpräsident, unterlassen Sie eine solche Grundhaltung, verlassen Sie einen solchen Weg. Wir bleiben bei unserem Antrag: Es war illegal, es bleibt illegal, egal wie Sie es qualifizieren. Die Erfassung ist durch kein Gesetz, weder Bundes- noch Landesgesetz, gerechtfertigt. Deswegen hat der Minister die Verantwortung dafür zu tragen und unser Antrag bleibt im vollen Umfang bestehen.

(Beifall bei der PDS)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Pelke zu Wort gemeldet.

**Abgeordnete Pelke, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, dass Sie, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, mit diesem Thema etwas sachlicher und ernsthafter umgegangen wären. Das, was Herr Fiedler und Sie, Herr Dr. Pietzsch, sich heute hier geleistet haben, zeigt tatsächlich Ihre Überzeugung und Ihre Geisteshaltung Bezug nehmend auf die Frage von Bürgerrechten und Datenschutz.

(Beifall bei der SPD)

Und, Herr Dr. Pietzsch, wenn Sie sagen, wir verfolgen ein politisches Ziel mit einer solchen Sitzung und mit einer solchen Diskussion: Ja, Herr Fraktionsvorsitzender von der CDU, denn wenn ein zuständiger Innenminister es hier

in Thüringen mit der Frage von Datenschutz, von Grundrechten und von Bürgerrechten nicht ernst nimmt, dann verfolgen wir das politische Ziel, dass er diese Verantwortung nicht mehr haben darf im Interesse der Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn Sie versuchen hier drum herumzureden, dass irgendwas nicht gemacht worden ist, was aber eigentlich doch gemacht worden ist, dann sage ich Ihnen: Nur, wer vorher etwas angeschaltet hat, kann es dann auch abschalten. Dass abgeschaltet wurde, hat selbst der Innenminister hier zugegeben und es ist eben noch mal deutlich geworden, wie viele Autokennzeichen aufgenommen worden sind. Was mich dann auch ein bisschen traurig macht, sehr geehrter Herr Innenminister, Sie haben sich hier entschuldigt - das ist aller Ehren wert -, aber Sie haben sich nicht in der Sache entschuldigt. Die Sache ist Ihnen nach wie vor ernst. Sie haben sich entschuldigt, weil Sie nicht ausreichend informiert haben. Auch das zeigt, welche Geisteshaltung Sie an diesem Punkt haben. Ich will das noch mal in aller Deutlichkeit sagen: Es kann - von Ihnen sicherlich - aber von der Opposition nicht unterstützt werden, wenn Sie hier wie ein Datenhamster durch Thüringen toben unter dem Motto "Je mehr Daten, umso sicherer". Das widerspricht dem Grundgesetz und allen Bürgerrechten. Ich denke, es hätte Ihnen gut angestanden, wenn Sie sich nicht nur, was schon schlimm genug ist, dafür entschuldigen, dass Sie das Parlament und die Abgeordneten im Innenausschuss nicht informieren, sondern dass Sie sich entschuldigt hätten dafür, dass Sie hier gegen Grundgesetz und gegen Recht gehandelt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre heute eigentlich Ihre Pflicht gewesen, Herr Trautvetter. Herzlichen Dank.

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Schwäblein.

**Abgeordneter Schwäblein, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Pauschalvorwürfe, wir würden es mit den Grundrechten der Bürger nicht ernst nehmen, haben mich bewogen, an das Pult hier vorzugehen. Ich weise das entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU)

Und ich werde jetzt mal auf die technischen Details kommen: Wenn in Deutschland die Debatte über die Lkw-Maut ein Stück weiter fortgeschritten wäre, Ihr Panneminister der SPD dort nicht solche Fehlleistungen verursacht hätte, wäre heute schon völlig akzeptiert, dass die Kennzeichen der Lkws automatisch erfasst werden, dass

ihr Standort ständig erfasst wird

(Unruhe bei der PDS)

und dass darüber die Maut eingebracht wird. Das ist eine wohl für Pkws noch nicht angedachte Phase, aber wenn die Finanznot von Herrn Eichel noch ein Stück höher wird, ist eine Diskussion über eine generelle Pkw-Maut in Deutschland nicht ausgeschlossen. Da stehen wir ein Stück vor der Einführung. Und wenn jetzt, Herr Hahnemann, Sie lächeln so ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, PDS:  
Ja natürlich, wir haben keine ..., das weiß ich und ich bin kein Naturwissenschaftler!  
... putzig ...)

Es wird streckenbezogen, fahrzeugbezogen, standortbezogen erfasst.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:  
Aber nur, wer sein ...)

Lassen Sie das ruhig mal sein. Ich muss auf Herrn Rame-low eingehen. Sie haben diesen Bezug zur SED, Ihrer Vorgängerpartei, hergestellt. Wir würden so wütig Daten sammeln wie diese Verbrecherpartei. Dies ist ein unverschämter Vergleich.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, was uns unterscheidet? Wenn wir in Rechte von Bürgern eingreifen müssen, dann auf gesetzlicher Grundlage und nach Ankündigung.

(Unruhe bei der PDS, SPD)

Die SED hat heimlich gesammelt, hat wütig gesammelt und so ist es jedem Teilnehmer im öffentlichen Straßenverkehr bekannt, dass er jederzeit gemessen und erfasst werden kann. Und möglicherweise, wenn Sie durch den Tunnel gefahren wären und ein Stückchen zu schnell, hätten Sie jetzt auch schon ein Beweisfoto aus Artern bekommen und sich nicht darüber beschweren können. Dies ist eine klare Ansage bei Verstößen gegen die Gesetze und das ist vom Bürger weithin akzeptiert. Das mit einem Verstoß gegen die Grundrechte oder in die Nähe des Verstoßes gegen die Grundrechte zu setzen, ist das, wogegen wir uns heute hier auch wehren müssen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Arbeitsgruppe, die länderübergreifend auch über die Erfassung von Kennzeichen diskutiert - und das ist ja noch nicht zu Ende, meine sehr verehrten Damen und Herren -, an diesem Punkt schon ein Stück weiter gewesen wäre, dann würden wir heute diese Debatte nicht haben und Sie würden es begrüßen, dass der Innenminister sehr zeitnah diese mögliche Verfolgung von Straftätern in Thüringen installiert gehabt hätte. So sind die Zeitabläufe ein Stück anders gelaufen. Er hat nicht ausreichend informiert, das hat er heute aber öffentlich

dargestellt, aber es hat nichts mit der Verletzung von Grundrechten zu tun und das lassen wir uns nicht nachsagen von Ihnen und von Ihnen, Herr Ramelow, schon überhaupt nicht. Und wenn Sie immer wieder auf die DDR-Vergangenheit einiger hier anspielen: Zu der Zeit, als mancher hier etwas riskiert hat, haben Sie noch für die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft in Hessen demonstriert. Das nur noch einmal zum Jahresabschluss. Vielen Dank.

(Unruhe bei der SPD)

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Es liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor. Zu Nummer 1 des Antrags der PDS-Fraktion in der Drucksache 3/3869 ist der Bericht gegeben worden. Er ist beraten worden und ich stelle fest, dass das Berichtersuchen zu Nummer 1 des Antrags erfüllt ist, falls dem nicht widersprochen wird. Dem wird nicht widersprochen.

Wir kommen nun zu Nummer 2 des Antrags. Hier ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Demzufolge stimmen wir über die Nummer 2 des Antrags ab. Wer der Nummer 2 des Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Das ist eine Mehrheit von Gegenstimmen. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist die Nummer 2 des Antrags abgelehnt.

Ich schließe damit den einzigen Tagesordnungspunkt der Plenarsitzung am heutigen Tag. Ich verweise noch einmal darauf, dass am 29. und 30. Januar 2004 die nächsten Plenarsitzungstage stattfinden.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und für die bevorstehenden Feiertage alles Gute und einen guten Rutsch in das Jahr 2004.

Ende der Sitzung: 16.07 Uhr